

Vormärz

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Redaktion Morikplatz 15195-97
Expedition Morikplatz 11753-54

Sonnabend, den 5. November 1921

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Verlag, Expedition und Inseraten-
Abteilung Morikplatz 11753-54

Bezugpreis:
Vierteljahr 36.— M., monatl. 12.— M.
Drei ins Haus, voraus zahlbar. Ver-
dang: Monatlich 12.— M., ein-
stellungsgeld. Unter Kreuzband für
Deutschland, Danzig, das Saar- und
Rheinland, sowie die ehemals deut-
schen Gebiete Polens, Oesterreich,
Ungarn und Serbien 24.— M., für
das übrige Ausland 28.— M. Ver-
bestellungen nehmen an Oesterreich,
Ungarn, Tschechien, Slowakei, Däne-
mark, Holland, Luxemburg, Schweden
und die Schweiz.
Der „Vormärz“ mit der Sonntags-
beilage „Volk und Zeit“, der Unter-
haltungsbeilage „Freizeit“ und der
Beilage „Siedlung und Kleingarten“
erscheint wochentlich zweimal, Son-
tags und Montags einmal.
Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“

Anzeigenpreis:
Die neugefaltene Konvolutzeile
kostet 6.— M. „Kleine Anzeigen“
das festgedruckte Wort 1.— M. (im-
mäßig zwei festgedruckte Worte), jedes
weitere Wort 1.— M. Stellengänge
und Schlafstellenanzeigen das erste
Wort 1.— M., jedes weitere Wort
60 Hfg. Worte über 15 Buchstaben
zählen für zwei Worte. Familien-An-
zeigen für Adressen Seite 2, 50 M.
Die Preise verstehen sich einschließlich
Leitungsgeschlag.
Anzeigen für die nächste Nummer
müssen bis 5 Uhr nachmittags im
Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Linden-
straße 3, abgegeben werden. Geöffnet
von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachmittags.

Deutsch-französischer Aufbauplan.

Berlin, 4. November. (WIZ.) Auf Einladung des Allge-
meinen französischen Gewerkschaftsbundes und der Ge-
werkschaftsorganisation der Techniker in Industrie, Handel und
Landwirtschaft hat der Allgemeine Deutsche Gewerks-
chaftsbund, die Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände
und der Bund der technischen Angestellten und Beamten eine aus
den Herren Kaufmann, Sassenbach, Silberstein und Dr. Wagner
bestehende Kommission nach Paris entsandt, um über die Wieder-
herstellungsarbeiten in einem Teile des zerstörten Gebiets zu ver-
handeln.

Der von den französischen Arbeiterorganisationen aufgestellte
Plan geht dahin, in der gänzlich zerstörten Gegend zwischen
Péronne und Chaumes

durch gemeinsame Arbeit deutscher und französischer Arbeiter
und Techniker

elf Dörfer, die vor dem Kriege 750 Häuser und 3740 Einwohner
zählten, wiederherzustellen. Von Seiten der französischen Organi-
sationen ist ein großzügiger Plan ausgearbeitet worden, der
mit einer Neuverteilung der Baupläne und der Felder rechnet und
bereits die Zustimmung des größten Teils der Geschädigten
gefunden hat. Die Kosten der Wiederherstellungsarbeiten werden
auf 60 Millionen Frank veranschlagt.

Die Ausführung der Arbeiten soll durch eine von den inter-
essierten Arbeiter- und Technikerorganisationen zu bildende wirt-
schaftliche Organisation mit Ausschluß von Privatunternehmern er-
folgen. Die wirtschaftliche Organisation soll ohne Gewinn arbeiten.
Die Geschädigten sollen ihre Wünsche der Organisation mitteilen,
mobei die Wünsche nur soweit Berücksichtigung finden können, als
sie in den Gesamtplan hineinpaffen.

Die Regelung der Finanzfrage haben sich die französischen
Gewerkschaften in der Weise gedacht, daß innerhalb des Rahmens
der Bestimmungen von London und des Abkommens von Wies-
baden, ohne daß dadurch eine weitere Belastung Deutschlands
herbeigeführt wird, die zur Verfügung gestellte Arbeitskraft, ebenso
wie bisher die gelieferten Materialien

Deutschland gutgeschrieben

werden. Die Geschädigten hätten zu diesem Zweck die ihnen von
der französischen Regierung übergebenen Entschädigungsanweisungen
an die wirtschaftlichen Organisationen abzuliefern. Die französischen
Unterhändler stimmten mit der von den deutschen Vertretern ge-
äußerten Meinung überein, daß hierzu von diesen keine Erklärungen
abgegeben werden könnten, daß diese Finanzfrage vielmehr durch

Verhandlungen zwischen der deutschen und französischen Regie-
rung geklärt werden müsse. Im übrigen konnten die deutschen
Vertreter erwidern, daß

die deutsche Arbeiterschaft mit Freuden bereit

sei, gemeinsam mit ihren französischen Arbeitsbrüdern an der Wieder-
herstellung der zerstörten Gebiete zu arbeiten, um der obdachlosen
Bevölkerung wieder ein Dach zu schaffen und dadurch zur Wieder-
annäherung und Versöhnung der beiden Völker beizutragen. Von
französischer Seite wurde ausgeführt, daß der Gedanke der Wieder-
annäherung und Versöhnung, gefördert durch gemeinsame Arbeit,
auch die Haupttriebfeder der Franzosen sei und daß die Geschädigten
der Mitwirkung deutscher Arbeitskräfte mit Freuden entgegensehen.

Den deutschen Vertretern wurde Gelegenheit gegeben, unter
fachverständiger Führung die in Betracht kommende Gegend zu be-
sichtigen und in einer Reihe von Sitzungen den französischen Vor-
schlag zu besprechen.

In einer Zusammenkunft mit dem französischen Bauminister
Loudreux, bei der auch die deutschen Vertreter anwesend waren,
wurde von dem Führer der Delegation, dem Sekretär des fran-
zösischen Gewerkschaftsbundes Laurent an den Minister die Frage
gerichtet, ob er bereit sei, der Verwendung deutscher Arbeits-
kräfte in dem in Betracht kommenden Gebiete zuzustimmen, ob er
die Errichtung einer deutsch-französischen wirtschaft-
lichen Organisation, für die noch die gesetzliche Form gesucht
werden müsse, genehmigen werde und ob die französische Regierung
bereit sei, zusammen mit der deutschen Regierung einen Weg zu
suchen, der gestattet, innerhalb der bisherigen Abkommen und ohne
daß dadurch eine Mehrbelastung Deutschlands eintritt, die deutsche
Arbeitskraft Deutschlands in Rechnung zu stellen. Der Minister
erklärte, daß er dem Plan

das größte Interesse entgegenbringt und daß er
mit den gemachten Vorschlägen durchaus einverstanden

sei, daß er aber zunächst die Meinung des Ministerpräsi-
dents einholen müsse, was sofort geschehen solle. Der Minister
beauftragte einen seiner Beamten, die weiteren Verhandlungen mit
der französischen Arbeiter- und Angestelltenkommission zu führen.

In dieser ersten Zusammenkunft zwischen den deutschen und
französischen Arbeiterorganisationen konnte der vorliegende Plan
nur in großen Umrissen behandelt werden. Es wurde aber verein-
bart, in möglichst kurzer Zeit und zwar diesmal auf deutschem
Boden zusammenzukommen, um in die Besprechung der Einzel-
heiten einzutreten.

Die Verhandlungen im Gasthausstreik.

Die Verhandlungen vor dem Reichsarbeitsministerium
wurden Freitag abend 10 Uhr abgebrochen, da eine
Verständigung mit den Parteien nicht zu-
stande kam. Die Arbeitgeber machten ihre Zustimmung zu
einem Schiedsgericht von dem Beschluß ihrer Mitgliederver-
sammlung abhängig, die gestern abend zu gleicher Zeit im
Zoologischen Garten stattfand. Ueber das Ergebnis soll heute
früh um 9 Uhr im Arbeitsministerium berichtet werden.

Auch vor Redaktionsschluss hören wir, daß die Unter-
nehmer ihrem Vorstand Vollmacht gegeben haben sollen, mit
Vertretern der Arbeiter heute Sonnabend mittag zusammen-
zukommen, um ein Schiedsgericht einzusetzen. Dies soll
dem Vernehmen nach nachmittags 4 Uhr zusammenstehen, um
die strittigen Fragen, um die der Kampf geführt wird, zu
entscheiden.

Die Verhandlungen mit Polen.

Ueber die Organisation der deutschen Kommission zu den Wirt-
schaftsverhandlungen gemäß der Genf-Pariser Entscheidung wird
mitgeteilt: Dem Hauptdelegierten Schiffer ist beigegeben als Ver-
treter Staatssekretär a. D. Gwald, als diplomatischer Vertreter
Wirklicher Legationsrat Graf v. d. Schulenburg. Weitere Ver-
treter des Auswärtigen Amtes und des Reichsministeriums des
Innern werden noch ernannt werden. Die preussischen Inter-
essen wird in der Hauptkommission der frühere Unterstaatssekretär
im Handelsministerium und jetzige Professor in Bonn Dr. Göp-
fert vertreten, dem der frühere Bürgermeister Dr. v. Miquel
zur Seite stehen wird. Außerdem werden Vertreter der ober-schle-
sischen Interessen zugezogen werden, so u. a. der Abg. Pfarrer
Ulrich.

Für die in der Entscheidung genannten 11 Punkte werden
11 verschiedene Unterkommissionen ernannt werden. Der Leiter der
ersten Kommission, Eisenbahnwesen, wird Geheimrat
Regierungsrat Schulz vom Reichsverkehrsministerium sein. Zweite
Kommission, Wasser- und Elektrizitätsfragen, Vor-
sitzender Oberbergamt Schwandke von der Oberbergdirektion Hunden-
burg. Dritte Kommission, Geld- und Finanzfragen, Leiter
Präsident des Landesfinanzamtes Steint Ueberscharr. Vierte Kom-
mission, Postfragen, Leiter Präsident der Oberpostdirektion
Oppeln Stroh. Fünfte Kommission, Steuerwesen, In- und

Ausfuhr, Beredelungsverkehr usw., Vorsitzender Ministerial-
direktor v. Stockhamern vom Auswärtigen Amt. Sechste Kom-
mission, Bergbaufragen, Leiter noch nicht ernannt.
Siebente und achte Kommission, Arbeitsrecht und Sozial-
versicherung, Leiter Ministerialdirektor Dr. Söhler vom Reichs-
arbeitsministerium, der auch die zehnte Kommission leiten wird.
Neunte und elfte Kommission, Zollverkehr, Grenzkontrolle, Li-
quidations- und Enteignungsfragen, Schutz der nationalen Minde-
rheiten und Optionsfragen, Leiter Geheimrat Haering vom Reichs-
ministerium des Innern.

Paris, 4. November. (EE.) Der „Temps“ meldet aus Genf,
daß sich die deutschen und die polnischen Delegierten in Genf in
der zweiten Hälfte des November unter dem Vorsitz einer
schweizerischen Persönlichkeit, die von dem Botschafter
ernannt werden wird, versammeln werden. Polen wird dabei der
Direktor im Auswärtigen Amt, Camille Delsjowski, vertreten.

Auflösung des Deutschen Ausschusses.

Kattowitz, 4. November. (DZ.) Der Deutsche Ausschuss für
Oberschlesien ist gestern abend aufgelöst worden. Dem Auflösungs-
akte wohnte als Vertreter der Reichsregierung der Abg. Pfarrer
Ulrich bei. Der Deutsche Ausschuss wird indessen wieder bestehen
als Ausschuss für Deutsch-Oberschlesien und als Organisation für
Polnisch-Oberschlesien. Dieser Spitzenorganisation werden der
Deutsche Schulverein und der Kulturbund angeschlossen werden, die
in der Entstehung begriffen sind.

Japans Ministerpräsident erstochen.

London, 4. November. (WIZ.) Zeitungsmedungen aus
Washington zufolge berichtet die amerikanische Volkspost in Tokio,
daß auf den japanischen Premierminister auf einem Bahnhof in
Tokio ein Anschlag verübt worden ist. Der Premierminister soll
tot sein.

London, 4. November. (Reuter.) Das Staatsdepartement
in Washington erhielt die amtliche Mitteilung, daß der japanische
Premierminister Hara am Freitagabend um 10 Uhr gestorben ist.

Neue Regierungskrise in Belgien.

Brüssel, 4. November. (EE.) Die Ernennung des Führers der
flämischen Aktivisten, Van Cauwelaert, zum Oberbürger-
meister von Antwerpen veranlaßte die Minister Frank,
Deveze und Neujean zum Rücktritt.

Die Preußenkrise vor der Lösung?

Die Sozialdemokratische Fraktion des Preussischen Land-
tags beschloß gestern, nach langen bewegten Auseinander-
setzungen mit 46 gegen 41 Stimmen, ihre Unterhändler zu
Verhandlungen auf der Grundlage der großen Ko-
alition zu ermächtigen.

Die von den Fraktionsvorständen in Aussicht genommene
Ministerliste sieht folgende Besetzung vor:

- Ministerpräsident: Heinert (Soz.),
- Ministerium des Innern: Severing (Soz.),
- Ministerium für Handel und Gewerbe: Otto
Braun (Soz.),
- Justizministerium: Am Jehnthoff (Zentrum),
- Wohlfahrtsministerium: Zentrum,
- Landwirtschaftsministerium: Wendorf (Demokrat),
- Kultusministerium: Dr. von Campe oder Dr. Boelitz
(Deutsche Volkspartei),
- Finanzministerium: Dr. v. Richter oder Dr. Leidig
(Deutsche Volkspartei).

Für die Regierungsbildung wurden vorläufig nach-
stehende Grundsätze vereinbart:

1. Zur Sicherung der Staatsordnung genügt nicht das
selbstverständliche, rein formale Bekenntnis der Beamten-
schaft zur Beachtung der Verfassung. Die Beamten sind
vielmehr unbeschadet der Freiheit ihrer politischen Meinungs-
äußerung im übrigen verpflichtet, die Verfassung
gegen jedermann mit allen Mitteln in Schutz
zu nehmen und aktiv für die Autorität des gegenwärtigen
Freistaates und der verfassungsmäßigen Regierung einzu-
treten. Ihre Zuverlässigkeit in dieser Hinsicht ist eine
der Voraussetzungen für die Befehdung der Krone, bei der
auf die persönlichen Eigenschaften, sowie die fachliche Tüchtig-
keit und Erfahrung der Anwärter in erster Linie Gewicht zu
legen ist.

Für die Schutzpolizei in Preußen gelten die vor-
stehenden Grundsätze, entsprechend den besonderen Verpflich-
tungen dieser Beamten.

2. Schaffung eines zeitgemäßen Disziplinar-
gesetzes.

3. Sicherung des demokratischen Selbstbe-
stimmungsrechtes des Volkes in Staat und Gemeinden
unter Wahrung der Staatsnotwendigkeiten.

4. Sicherung und Ausbau der Sozialgesetz-
gebung.

5. Förderung einer durchgreifenden Justiz-
reform.

6. Eine größere Selbständigkeit der preußi-
schen Finanzen ist anzustreben. Für Staat und Ge-
meinde sind möglichst eigene ausreichende Einnahmequellen
zu erschließen. Hierbei ist der Besitz nach Maßgabe der von
der Reichsgesetzgebung befallenen Besteuerungsmöglichkeit in
vollem Umfange seiner Leistungsfähigkeit heranzuziehen.

7. Absplittierungsbestrebungen von Preußen
sind nicht zu unterstützen.

Auf eine Anfrage der Sozialdemokraten erklärt die
Deutsche Volkspartei, daß etwaige Absichten, die Staats-
betriebe in Aktiengesellschaften umzuwandeln und diese
Aktien in den Börsenverkehr zu bringen, nicht vorhanden sind.

Es kann weiter festgestellt werden, daß über die Aus-
einanderbeziehungen des preussischen Staates mit der
Krone Hohenzollern ein Einverständnis unter den Parteien
bisher nicht zu erzielen war.

Ob die Verhandlungen, die auf der oben bezeichneten
Grundlage geführt werden, zu positivem Abschluß gelangen
werden, ist noch ungewiß. Das Stimmverhältnis in
der sozialdemokratischen Fraktion ist ein deutliches Zeichen
dafür, wie stark hier die Bedenken dagegen sind, Preußen
zum Versuchsanfänger der großen Koalition zu machen.

Die Verhandlungen hätten allerdings überhaupt nicht
soweit gediehen können, wenn sich die Deutsche Volkspartei
nicht zu erheblichen Zugeständnissen bequemt
hätte.

Kommt die große Koalition zustande, so wird sich nie-
mand in der Sozialdemokratischen Partei der Erkenntnis ver-
schließen, daß es sich um ein gewagtes Experiment handelt,
vielleicht für absehbare Zeit um das letzte, das überhaupt mit
der Koalitionspolitik gemacht wird. Denn nachdem sich heraus-
gestellt hat, wie eng das Verhältnis der Demokraten und des
Zentrums zur Deutschen Volkspartei ist, wird aus dem Pro-
blem der Zusammenarbeit mit der Deutschen Volkspartei ein
Problem der Koalitionspolitik überhaupt.

Wir sind darauf gefaßt, daß sich diese Zusammenarbeit
nicht anders als in der Form eines zähen Ringens voll-
ziehen wird. Unsere Genossen, die in die neue Regierung
gehen, werden das nicht tun, um die Rolle des fünften Rades
am Wagen zu spielen, es wird ihre Pflicht sein, dort die
Interessen der Arbeiterklasse mit entschiedenstem
Nachdruck zu vertreten. Ihnen dabei in den Rücken zu fallen,
wäre töricht, vielmehr wird es sich darum handeln, hinter
ihnen eine geschlossene Wählermasse aufmarschieren zu lassen,
die ihrer Stimme im Beratungszimmer der Regierung das

nötige Schweregewicht verleiht und den Bürgerlichen zum Bewußtsein bringt, daß man ohne oder gar gegen die Sozialdemokratie nicht mehr regieren kann.

Die Koalition wird in Preußen weniger denn je eine Liebeskammer sein, und mehr denn je ein Boden, auf dem Klasseninteressen hart aufeinanderstoßen. Es heißt jetzt: Nicht Hader und Ohnmacht, sondern Einigkeit und mehr Macht!

Berlin, 4. November. (M.B.) Das Zentrum nominiert für den Ministerpräsidenten nach wie vor Stegerwald.

Nationalarmee Ehrhardt.

Der sächsische Innenminister Lipinski hat am 2. November dem sächsischen Landtag Mitteilungen von einer umfangreichen konterrevolutionären Organisation in Sachsen gemacht, deren wesentlichen Inhalt wir bereits wiedergaben. Nun veröffentlicht die „Leipziger Volkszeitung“ auf vier Druckseiten das umfangreiche Material, das diesen Mitteilungen offenbar zugrunde gelegen hat. Die Schriftstücke und Akten der Geheimorganisationen sind im vollen Wortlaut wiedergegeben. Wir beschränken uns auf die Anführung einiger wichtiger Punkte, die ein Bild von dem Wesen dieser Geheimorganisationen geben.

Am interessantesten dürfte die Nationalarmee Ehrhardt sein, die aus Angehörigen der Marinebrigade Ehrhardt entstanden ist und sich O.C. (Organisation C.) abkürzt. Die O.C. ist über ganz Deutschland verbreitet und zerfällt in Bezirke, die die Buchstaben A. bis W. tragen. Sachsen führt den Buchstaben M. Das Statut ist in nummerierten Exemplaren verbreitet, die den Vermerk tragen: „Ganz geheim. Darf nicht aus den Händen der Vertrauensleute kommen, keine Ganz- oder Teilabkripte.“ Das aufgefundenen Exemplar trägt Nummer 12. Es lautet:

Zweck: 1. Erhaltung einer zuverlässigen Truppe in Brigadestärke, die eingesetzt werden kann bei roten Aufständen, bei augenblicklichen Verwicklungen.

2. Teilkolonnen, mit oder ohne Wissen der Regierung, wenn es die nationalen Interessen erfordern.

3. Lokale Stütztruppen zur sofortigen Verstärkung der Polizei, Reichswehr oder sonstiger Ordnungstruppen.

4. Lokale Stütztruppen zum Schutze nationaler, zur Sprengung antinationaler Veranstaltungen. Unmöglichkeitmachung elektrischer Theaterstücke, Personen usw.

5. Erhaltung der Wehrfähigkeit und Erziehung der Jugend zum Waffengebrauch.

6. Allgemeine Stärkung der Widerstandskraft, des Befehersmuts der Bevölkerung.

Diesen Punkten sind Erläuterungen beigegeben. In den Erläuterungen zu Punkt 1 heißt es beispielsweise:

Brigade untersteht sich als eigener Verband der Reichswehr. Es dürfen nur Männer in die Brigade, die entschlossen sind, die bedingungslos dem Führer gehorchen, die brutal genug sind, rücksichtslos durchzugreifen, wo sie eingesetzt werden. Als Unterführer kommen nur Offiziere in Betracht, die Kriegserfahrung und Erfahrung im Straßenkampf mit aufrührerischen Massen haben, vor allem, die eine Haupterfahrung aus der Praxis besitzen: „Nicht verhandeln, sondern schlagen und rücksichtslos befehlen.“ Innerhalb der Brigade eine Stütztruppe aus tüchtigen, sportfreudigen Elementen, die erforderlichenfalls gewagteste Unternehmungen ausführen, unbekümmert um Folgen und eigene Verluste. Deshalb möglichst junge Männer, die keinen Anhang haben und denen niemand weiter nachtrauert. Die Waffen sind in genügender Zahl bereitzustellen, ebenso Munition.

Aus den Erläuterungen zu Punkt 2 heben wir hervor:

Es können Fälle eintreten, wo einige hundert oder weniger entschlossene Männer vorübergehend gebraucht werden. Die Fälle können sehr vielfältig sein, sei es um eine Sache in Gang, ins Rollen zu bringen, sei es, um eine rasche Tat zu vollbringen. Solche Fälle können z. B. sein: die Freigebunden der Franzosen gehen ins Grenzlos, alles Nachgeben hat keinen Sinn,

man ermordet organisiert diese Hunde durch Schuß oder Gift, jedes Mittel ist recht... Rote Teilaufstände stehen mit Sicherheit vor der Tür, Stütztruppen sammeln sich unfer irgendwoher Masse an bedrohtem Ort, greifen führend ein, sobald

Neue Rainz-Briefe.

Solange es weder Film noch Phonograph gab, blieb von dem Lebenswerk eines Schauspielers nichts als die blasse Erinnerung der Zeitgenossen. Der Schauspieler, der wie kein anderer Sterblicher den Reiz des Augenblicks kostete, war ausgeschlossen von der Dauer der Wirkung seines Werkes. Josef Rainz künstlerische Laufbahn rief ab, gerade als die Technik jene Probleme zu bewältigen begann, die nun auch dem Rimen eine Nachwelt schafft. Blicke so nicht von seinem Werk, das Spätgeborenen Erlebnis werden könnte, so blieb doch manches von seinem Wesen zurück. Vor ein paar Jahren schon empfingen wir die Jugendbriefe des Künstlers, in denen sich sein Werdegang mit entzückender Frische ausbreitete hat. Jetzt erscheinen neue Briefe von seiner Hand, die zeitlich ungefähr da anknüpfen, wo jene Jugendbriefe abbrachen. (Briefe von Josef Rainz. Nikola-Verlag, Wien 1921.) Eine Freundin hat sie gesammelt und geordnet, Hermann Bahr mit Erinnerungen eingeleitet.

Die Freundin hat dem Freunde ein lebenswertes Denkmal gesetzt. Das äußere Schicksal von München und der seltsamen Freundschaft mit König Ludwig an über den bitteren Konflikt mit Barnau, zuerst zum Deutschen Theater V'Arranges, dann zum Burgtheater und schließlich in die Hof der Gastspiele hinein, bis zu den Schattens der heimtückischen Krankheit, wird fast von ihm selbst aufgezeichnet. Man stellt fest, daß dieser höchst subjektive Mensch die Fähigkeit, objektiv zu denken, sich erworben hatte. Bei aller Freude an dem rauschenden Beifall, mit dem er überall überschüttet wird, wahrte er sich selbstkritisch. Er ist natürlich Stimmungs Mensch. Augenblicksmensch, er hat auch sein Paß Menschliches und Allzumenschliches mit sich auszumachen, aber er ist edel, gutartig, hilfsreich und willig, niemandem ein Leid zu tun. Er ist nicht einseitig in seine Rollen verbohrt, er hat literarischen Ehrgeiz, sammelt, liest, studiert, überseht. Er ist ein Lebenskünstler, ohne daß ihm die solennen Kneipereien Arbeit und Pflichtbewußtsein stören. Er ist selbstbewußt, aber sein Stolz wird durch das Bewußtsein, daß seine Begabung eine Verpflichtung sei, das höchste zu erreichen, vor Eitelkeit bewahrt.

So wäre die Atmosphäre dieser Briefsammlung nicht ungewöhnlich, wenn nicht von einem Briefe aus tieferer Schatten und hellere Lichter auf die übrigen fielen und manches, was sonst vielleicht nur alltäglich wirkte, bedeutungsvoller machten. Der Unbekannte und Ungenannte, die diesen Brief zum Abdruck hergab, sei Dank gesagt. Er bildet den Angelpunkt der Sammlung. Aus Benedikt, 1894, ist er datiert. Rainz hatte sich hierher geflüchtet — die erste Flucht vor sich selbst und zu sich selbst. „Ich war“, schreibt er, „zum ersten Male in meinem Leben in einer Gesellschaft, die ich bis jetzt noch gar nicht so genau gekannt habe — meine eigene. Ich hatte Mühe genug, meinem inneren Ich so recht genau zuzuhören, und siehe da, aus mir sprach einer, der mit der Welt fertig ist — ich meine sie, die Außenwelt — ohne sie zu hassen, ohne sie zu verachten.“ Er will nun seine Innenwelt in Ordnung bringen. Er reißt sich von der geliebten Frau los, um sich auf sein Werk zu konzentrieren. „Ich habe etwas in mir gefunden, das nicht von mir ein Teil, nein, von dem ich ein Teil bin; das will ich pflegen und entwickeln, dem will ich ähnlicher werden. In dem will ich auf-

gehen.“ Und er rät der Freundin: „Du mußt Dich zu trösten suchen. Zwinge Dich, zu denken, und Dein Gefühl wird zerstreuen werden.“

Hinter diesem Satze steht eine bittere Erkenntnis. Da spricht einer, der oft selbst mit dem Denken sein Gefühl zerstreuen hatte, soeben selbst zertrat und noch öfter zerstreuen sollte. Da spricht einer ein Urteil über sich selbst: jener Rainz, dem die Urkraft des Unbewußten nicht mehr zur Verfügung stand und der mit Geistesfülle ersehen mußte, was anderen angeborene Natur ist. Durch diesen einen Brief, der ein Schicksal andeutet, verleiht sich diese Briefsammlung von der Harmlosigkeit, die in vielen Stücken voraltet, zum Tragischen hin, und aus dem lebenswerten Menschen, als der Rainz meistens erscheint, wird der ringende Künstler, der nicht ohne Schuld und Grausamkeit gegen andere und gegen sich selbst, seinen Weg gehen konnte.

In „Couleur“. Vor der Staatsbibliothek unter den Linden steht eine Bettlerin und singt. Sie steht gebückt und zittert vor Kälte, zwei Kinder drücken sich verängstigt an ihrer Seite. Sie singt mit heiserer unverständlicher Stimme, oft von Husten unterbrochen. Ihre Augen sind entzündet vom scharfen Wind. Wie in demüthiger Bitte streckt sie ihre Hand aus. Aber sie erntet nur wenig, die Leute haben keine Zeit und es ist kalt. Und dann gibt es so viele Bettler, denen man helfen müßte.

Da kommen zwei Studenten mit bunten Mägen. Sehr korrekt vom hohen Kragen ab bis zu den Lackstiefeln, in wohlgeordneter Nichtachtung des übrigen Publikums, so gehen sie ihres Weges. Der Ältere von beiden, ein straffer Jüngling mit unzähligen Säbelnorden, erzählt gerade etwas Wichtiges vom letzten Stiftungsfest. Der Jüngere hört achtungsvoll zu, aber plötzlich sieht er die Bettlerin und stutzt. Für einen Augenblick sieht er so aus, als wolle er stehenbleiben und das Partemonnaie ziehen.

Da fährt er den mißbilligenden Blick seines Begleiters und gibt sich einen Ruck.

Beide gehen weiter. Der Ältere ist empört und sagt halb laut: „Ich bitte Dich dringend, hier auf der Straße keine Standaissen zu verursachen. Vergiß gefälligst nicht, daß Du in Couleur bist.“

Der Jüngere ist sehr rot geworden, aber er geht dorfchriftsmäßig und macht ein körkliches Gesicht.

Abgelehntes Sachverständnis. In dem „Reigen“-Prozess, der heute vor der 6. Strafkammer des Landgerichts III zur Verhandlung kommt, hat das Gericht alle von der Verteidigung genannten Sachverständigen bis auf einen abgelehnt. Unter den Abgelehnten befinden sich Alfred Kerr und Gerhart Hauptmann.

Unsere Strafrichter verfügen eben in Kunstdingen über ein derartiges Sachverständnis, daß ihnen Leute wie Hauptmann und Kerr nichts Neues erzählen könnten.

Der „Reigen“ als Buch beschlagnahmt. Obwohl in Berlin allabendlich Schnitzers „Reigen“ aufgeführt worden war, führt die Berliner Staatsanwaltschaft einen heftigen Kampf gegen das Buch.

Im Jahre 1913 wurde nämlich durch Urteil des Landgerichts I Berlin und des Landgerichts Leipzig die Unbrauchbarmachung des

Leipziger, 4. November. (M.B.) Wie die „Leipziger Abendpost“ erfährt, wurde der Verein „Bon Stein“ durch eine Verfügung des sächsischen Ministeriums des Innern aufgelöst mit der Begründung, durch staatsanwaltschaftliche Ermittlungen sei festgestellt, daß der Verein ein Verband mißbräuchlicher Art sei. Der Vorsitzende des Vereins kündigte an, daß er gegen diese Verfügung Beschwerde erheben werde. Ferner meldet das Blatt die Auflösung des Sportvereins „Silberner Schild“.

Agl. bayerische Leichenparade. Gedächtnisfeier für die Kriegesgefallenen verboten.

München, 4. November. (Eigener Drahtbericht.) Das äußere Bild der zum Empfang des ehemaligen Königspaares in einem nie dagewesenen Festgewand prangenden Stadt München spiegelt an dem heutigen Abend die große Spannung innerhalb der einzelnen Bevölkerungsschichten wider. Die Straßen sind vor Einbruch der Dunkelheit gefüllt mit Menschen. Der Bahnhof und dessen Zufahrtsstraßen sind förmlich belagert von den Massen, welche die Ankunft der Leichen des Königspaares erwarten. Im Unterstadtviertel und im Zentrum der Stadt bilden sich an den Straßenkreuzungen Aufflüsse durch laut auf die Massen einredende Situbenten und Hakenkreuzler. Wilde Gerüchte von einem heute Nacht erwarteten Reichsputsch durchschwirren die Stadt und unser Genosse Auer wird sündlich von den Redaktionen befragt, ob die Nachrichten von seiner Ermordung auf Wahrheit beruhen. Im übrigen werden die letzten Vorbereitungen zu der Demonstration gegen die Republik und ihre Verfassung in der äußerlichen Form der Beisetzungsfeier des Königspaares getroffen. In einer Organisation ist ein sehr weitgehender Beschluß nach dieser Richtung gefaßt worden; andere wieder waren mit diesem Beschluß nicht einverstanden, weil die Zeit hierfür noch nicht gekommen ist. Eins steht jedoch fest, daß die Münchener Arbeiterschaft von diesen Vorbereitungen genau unterrichtet ist und sie abzuwehren sich vorbereitet. Gerüchte vom Erscheinen der altösterreichischen Generale Dank und Höfer treten immer wieder von neuem auf. Die Leichen des Königspaares sind unterdessen vom Erzbischof und Herrn v. Rahr empfangen und durch eine wahre Mauer von Menschen in das Innere der Stadt übergeführt worden.

Die Behörden des Ministeriums Verchenfeld geben sich unterdessen noch alle Mühe, durch ein schroffes Verhalten gegen die Arbeiterschaft Del ins Feuer zu ziehen. Der Minister des Innern verbietet die Abhaltung der geplanten Massen-

feier zum Gedächtnis der Kriegesgefallenen in den Abendstunden. Das Gesicht des Abg. Fischer um Bewilligung einer Bewährungsschrift wegen seines Verbrechens, in Nordbayeren eine treu zum Reich haltende Republik auszurufen zu wollen, wurde abgelehnt „wegen der Schwere der Verfehlung und der Kürze der bisher verbliebenen Strafzeit“.

Die Volkzeidirektion verhöhnt den Antrag der sozialistischen Gemeinderatsfraktion auf stärkere Kontrolle zugereifter, fremder, unläuterer Elemente, wie z. B. der Erzberger-Mörder, mit der Erklärung, die beiden als Mörder in Frage kommenden Personen hätten bei Privaten gewohnt und wären deshalb nicht unter die Fremdenkontrolle gefallen!

Die Münchener Gerichte erdreisten sich, wegen der moegigen monarchistischen Demonstration einfach alle Sitzungen und Termine abzusagen. Bedinglich der sozialdemokratische Stadtrat bleibt trotz wüster Beschimpfungen bei seinem Beschluß bestehen, die Arbeit im Rathaus in vollem Betriebe durchzuführen.

Protest der Spandauer Arbeiterschaft.

Gegen die Bedrohung der Deutschen Werke (A.-G.) durch die Maßnahmen der Entente wurde gestern in zwei Versammlungen von der Arbeiterschaft und den Angestellten dieser Werke in Spandau scharfster Protest erhoben. In den „Bismarcksalen“ sprach Lüd. im „Kaffee“ Friedrich. Beide Redner gehören dem Zentralbetriebsrat der Werke an. Lüd. führte in seinem Referat im wesentlichen folgendes an: Der Verfallener Friedensvertrag hat uns Leiden auferlegt, unter denen wir und unsere Kinder noch lange leiden werden. Dennoch haben wir uns bereit erklärt, die harten Bedingungen getreulich zu erfüllen. In der neuesten Zeit sind aber von den Vertretern der Entente Forderungen gestellt worden, die wir unmöglich erfüllen können. Man verlangt jetzt die Einstellung der Fabrikation von Gegenständen, die bisher ausdrücklich gestattet war. Man verbietet Maschinen, ohne die wir nicht arbeiten können, sogar die Hilfsarbeiter sollen von den Dächern der Werke abmontiert werden und die Drehbänke, die aus ihrem Stand herausgerissen sind oder werden sollen, dürfen nicht durch andere ersetzt werden. Dadurch soll die Herstellung von Kriegsmaterial verhindert werden.

Dieses Vorgehen hat nicht nur bei der Leitung, sondern ebengo unter der Arbeiterschaft in den Werken große Erregung verursacht. Wir haben zur Ruhe ermahnt und auf Verhandlungen gedrängt. Wir erklären hiermit klar und deutlich, daß die Arbeiterschaft niemals ihre Hand dazu bieten würde, Waffen herzustellen, die gegen unsere Brüder im Auslande Verwendung finden könnten. Was wir wollen, ist Arbeit und zwar Kulturarbeit verrichten, die allen zum Segen gereichen soll. Kriege zu führen lehnen wir ein für allemal ab. Und ausdrücklich erklären wir ferner, daß wir durch unsere Kontrolle selbst die Herstellung von Waffen zu Kriegszwecken verhindern wollen. Was in den Werken hergestellt wird, ist in keiner Weise für Kriegszwecke geeignet. Die Werke, hier Hoeselhorst und Spandau, haben sich mit Hilfe der Arbeiterschaft zur Leistungsfähigkeit entwickelt, es ist kein Pfennig Privatkapital darin angelegt; alle Aktien sind in den Händen des Reiches. Um so mehr wehren wir uns gegen die Lahmlegung dieser Betriebe, die den Jammer der Arbeiterschaft weiter verstärken würde.

Alle Zweige der Fabrikation haben der Ententekommission zur Begutachtung vorgelegen und sie hat damals erklärt, die Maschinen freigegeben zu wollen. Trotzdem die jetzigen Forderungen! Ebenso wie hier, und zum Teil noch viel schlimmer, sieht es in anderen Reichswerken aus. Dabei sind gerade die Arbeiter die besten Bürger für die Wiedergutmachung. Man sollte doch wissen, daß von der Arbeiterschaft nichts gegen den Frieden zu fürchten ist. Und wir rufen unseren Gegnern zu: Laßt ab von der Zerstörung, geht uns frei, was wir brauchen. Kaufbau haben und drüben, das soll unsere Parole sein. (Lebhafter Beifall.)

Wie der Redner noch mitteilte, besteht die Absicht, mit General Rollet zu verhandeln, der sich auch bereit erklärt habe, eine Abordnung der Arbeiterschaft zu empfangen.

Die Versammelten zeigten durch zustimmende Aeusserungen ihr völliges Einverständnis mit dem Referenten, und auch die nachfolgenden Redner brachten dies zum Ausdruck.

Am Schluß der Aussprache gelangte eine im Sinne der Ausführungen des Referenten gehaltene Entschliessung, die auch in der zweiten Versammlung angenommen wurde, einstimmig zur Annahme.

Dann wurde noch beschlossen, bei der Leitung der Werke wegen der Feier des 9. November vorstellig zu werden.

Buchbeschlagnahme und sogar eine polnische Uebersetzung eingezogen. Die dagegen unternommenen Schritte gerieten infolge des Krieges zunächst ins Stocken. Nach dem Kriege hat dann die 6. Strafkammer des Landgerichts III, dieselbe Kammer, vor der sich heute Gertrud Eshold wegen der Aufführung des „Reigen“ zu verantworten hat, im März d. J. anlässlich einer Verhandlung wegen Verbreitung unzüchtiger Schriften gegen eine Richtbehörden des Buch „Reigen“ als nicht unzüchtig angesehen und den künstlerischen Wert für so überwiegend erachtet, daß es das Buch ausdrücklich von der Beschlagnahme ausnahm. Trotzdem werden bis in die jüngste Zeit hinein auf Grund der alten Urteile von 1913 dauernd Beschlagnahmungen vorgenommen.

Die Synodi des „Schuhverbandes deutscher Schriftsteller“ versuchen jetzt erneut, die Freigabe des Buches zu erzielen, indem sie sich auf die Gutachten der Herren Franz von Vizt, Albert Gulenberg, Simmel, Liebermann und Juda berufen, die sämtlich den hohen künstlerischen Wert des Buches betonen.

Die geistigen Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich. In der Pariser Zeitschrift „Nouvelle Revue Française“ erörtert der französische Dichter André Gide die geistigen Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland. Die Wiederaufnahme dieser Beziehungen werde jetzt schon von vielen Franzosen für möglich, ja sogar für wünschenswert und notwendig erklärt. Man fürchte, daß die geistige Isolierung, in der man Deutschland halten möchte, sich schließlich gegen Frankreich selber wenden könne. Niemand bestreite im Ernst, daß Frankreich seit Ende des Krieges in moralischer und geistiger Hinsicht Terrain verloren habe. André Gide kommt zu dem Schluß, Frankreich müsse im eigenen Interesse die Wiederaufnahme der geistigen Beziehungen zu Deutschland anstreben, unter Wahrung der Eigenart auf französischer und auf deutscher Seite.

Rupferlichlobinett. Die Dante-Ausstellung wird am Montag geschlossen. An ihre Stelle treten am 12. November eine Ausstellung niederländischer Landschaftszeichnungen des 16. und 17. Jahrhunderts sowie eine Ausstellung von Radierungen und Steinbränden Louis Corinths.

Arbeiter-Auskaufstellung Petersburger Str. 39. Heute abend 7½ Uhr leitet der Maler-Dichter Paul Haysmann an eigenem Bortem. Sonntag um 11. 4 und 7½ Uhr: Besondere Vorträge durch die Ausstellung mit Vortrag.

Wächner-Orchester. Sonntag, den 6., abends 7½ Uhr. Kabell im Blüthner-Saal ein Richard Wagner-Abend unter Leitung von Camillo Nibelbrandt hat.

Heber Wesen und soziale Bedeutung der Film-Reklame. Vortrag am Mittwoch, den 8., abends 8 Uhr, im Lokal des Kunstgewerbes-Museums, Prinz-Albrecht-Str. 8, Herr Dr. Paul Rohrbach.

Eine Selbstbiographie Felix Delingartners. Der große Komponist und Dirigent Felix Delingartner hat seine Lebenserinnerungen geschrieben, die demnächst im Verlage „Globe“, der Wiener literarischen Anstalt, erscheinen werden.

Kredithilfe, Steuern, Reichswerke

(Schluß aus der Abendausgabe.)

In der Freitagssitzung des vorläufigen Reichswirtschaftsrates legte

Dr. Braun (Landwirtschaft) die schwindende Höhe der Ausgaben und Verpflichtungen Deutschlands dar; auch das Wiesbadener Abkommen erschüttere unseren Markt noch mehr und liege in der Richtung der von Dr. Rathenau gewünschten Entwicklung zur Weltmarkt. Wir Wirtschaftler nicht, wir Wirtschaftler. Wir stehen nicht vor dem Staatsbankrott und können uns nur retten durch die von Bernhard geforderte Reform und durch jene Sparmaßnahme, von der wir noch weit entfernt sind. Nachdem das Kreditangebot nun einmal gemacht ist,

darf es kein Zurück geben.

wenn wir nicht alles Vertrauen in der Welt verlieren wollen. Der Redner wendet sich dagegen, daß man jetzt schon eine Zwangscreditgemeinschaft der Industrie schaffe, denn es würde für die Entente leicht sein, von dieser Organisation Kontributionen zu erpressen. Vorher müsse man wissen, was die ausländischen Kreditgeber an Sicherheit fordern.

Genosse Tarnow gibt folgende

Erklärung sämtlicher Arbeitnehmervertreter

Die vorläufigen Steuergesetzentwürfe der Reichsregierung stehen sowohl unter sich als mit den bisherigen Steuern in keinem organischen Zusammenhang. Die Besteuerungen insbesondere sind in ihrem Ertrag ungewiß und treten erst so spät in Kraft, daß sie der rapide anschwellenden Geldentwertung in keiner Weise begegnen, so daß sich die Teuerung lawinenhaft vergrößert. Es läßt sich schon jetzt voraussehen, daß die Steuervorlagen in ihrer Gesamtheit nicht das Ziel erreichen werden, die Rentenpreise für eine gewisse Zeit stillzusetzen und den Staatshaushalt ins Gleichgewicht zu bringen. Während vorgeschlagen wird, daß die Besteuerungen erst 1923 in Kraft treten, sollen sofort Steuern auf den Konsum durchgeführt werden, welche für den Konsum sehr stark belastend sind, wie besonders die Umsatzsteuer. Die Zustimmung zu den indirekten Steuern muß deshalb an die Voraussetzung geknüpft werden, daß die geplanten Finanzmaßnahmen in ihrer Gesamtheit zur Herstellung des Gleichgewichts im Reichshaushalt und damit zur Festigung der Währungsverhältnisse führen. Nur eine solche Festigung der Währung würde der Senkung der wirklichen Kaufkraft des Lohnes Einhalt tun, damit aber auch einen Ausgleich für die schwere Verteuerung der Preise durch die neuen Steuern bieten. Deshalb ist als Mindestleistung neben den vorgeschlagenen Besteuerungen zu fordern:

1. Soweit die vorgeschlagene Kreditaktion nicht mindestens die Reparationskosten des Reiches bis zum Ablauf des zweiten Reparationsjahres deckt, muß der Fehlbetrag durch entsprechende innere Ersparung der Sachwerte bei Industrie, Gewerbe, Handel, Landwirtschaft und Bankwesen aufgehoben werden.

2. Die Verrechnung der Tilgungsleistungen aus der Kreditaktion darf in erster Linie nur auf die Besteuerungen erfolgen; wenn diese abgegoten sind, dürfen weitere Berechnungen nur noch auf die Umsatzsteuer erfolgen. Alle anderen Steuern und Abgaben müssen dem inneren Haushaltsbedarf vorbehalten bleiben.

3. Die Landwirtschaft ist als Garant für den Auslandskredit nicht von ausschlaggebender Bedeutung. Deshalb sind die hier entstandenen und noch entstehenden Gewinne, die aus Zahlungen der breitesten Volksschichten herrühren, durch eine entsprechende steuerliche Belastung des landwirtschaftlichen Besitzes zur Abdeckung des Defizits der nächsten Jahre heranzuziehen.

4. Die noch nicht eingezogenen Steuern aus den Jahren 1919 bis 1921 sind alsbald beschleunigt einzuziehen.

Zur Begründung dieser Erklärung hatte Genosse Tarnow ausgeführt: Gemäß können wir auf den bisherigen Wegen die Gesundung der deutschen Finanzen nicht erreichen. Mit der bisherigen Art der Steuererfassung kann nicht einmal der innere Bedarf des Reiches gedeckt werden, geschweige denn die ungeheuren Reparationsleistungen. Dafür gibt es nur einen Plan: Heran an die Sachwerte! Alle anderen Versuche sind fehlerhaft und werden fehlerhaft. Die Besteuerungen sind stets von den Sachwertbesitzern auf die anderen abgewälzt worden, so sogar mit Profit. Der Besitz hat sich nur noch vergrößert und die Armut der Nichtbesitzenden ist noch größer geworden. Die

Kreditaktion ist ein höchster Versuch

der Sachwertbesitzer, um ihre Verpflichtungen gegenüber dem Volksganzen zu erfüllen. Das deutsche Volk hat ein Unrecht darauf, daß die Sachwerte zu seiner Rettung herangezogen werden. Wenn man die Sachwertbesitzer an ihre Verpflichtung dazu erinnert, so ist das keine Drohung. Wird die Kreditaktion nicht durchgeführt, so bleibt uns nichts anderes übrig, als Zwangsmittel anzuwenden. Die Industrie hat es ja in der Hand, solche Zwangsmittel zu vermeiden. Die Kreditaktion muß das Ziel haben, uns wenigstens bis zum Ablauf des zweiten Reparationsjahres eine Atempause zu verschaffen; bringt sie bis zum Mai 1923 das Nötige nicht auf, dann muß die innere Ersparung der Sachwerte das Fehlende ergänzen. Alle Volkswirtschaftler sind sich darüber einig, daß wir zur Erfüllung der Reparationsforderungen tun müssen, was wir können, und

wenn die Industrie das nicht läßt.

dann müßte das Ausland darin den Willen zur Nichtleistung erwidern. Solange große Kreise solche Verschwendungssorgen feiern können, wie es in Deutschland täglich geschieht, solange wird man dem Auslande nicht begrifflich machen können, daß wir nicht in Stande sind, zu zahlen. Einverständnis erklären können wir uns damit, daß die Landwirtschaft an der Kreditaktion nicht teilnimmt, weil sie ja als Garant kaum in Frage kommen kann, obwohl ja auch sie ihre Lage ganz gewaltig verbessert hat.

Direktor Krämer (Industrie) befürchtet, daß das Angebot der hier gehaltenen Reden das ganze Pflichten der Kreditaktion erschlagen könnte, und weist dann Bernhards Angriffe auf Hugenberg zurück, der immer ein Freund der Kreditaktion gewesen sei, aber keine Bedenken nicht verschwiegen habe, die angesichts des fürchterlichen Wertverlustes die Befürchtung enthalten, daß die Industrie mehrmals so viele Milliarden zurückzahlen müßte, als ihr geliehen werden. Gegenüber der Forderung des Herrn v. Braun, der die Rückkehr zur Sparpolitik verlangt hatte, sagt der Redner: Wir würden besser da, wenn auch Reden und Druckerwürze gepostet und mehr gehandelt worden wäre, freilich nicht gehandelt im Sinne der Berliner Gewerkschaftskommission, die wegen des Lohnkampfes eines kleinen Teiles der Arbeiterschaft den Generalkonflikt über G. o. h. Berlin verhängt. Das Reparationsproblem besteht darin, daß in ganz Europa nicht das aufzubringen ist, was wir in einem halben Jahre leisten sollen.

Nachdem ein Antrag Krämer auf Abbruch der Verhandlung und Rückverweisung an den Ausschuss im Hammelfprung mit 80 gegen 70 Stimmen abgelehnt worden war, äußert sich der Angelegtenvertreter Beckmann im Sinne Tarnows, worauf Gen. Max Cohen antwortet: Die Kreditaktion könnte den Marktzins steigern, der gar nicht so sehr gefallen wäre, wenn die Kreditaktion früher unternommen worden wäre. Der Redner beantragt, den Grundgedanken des vom Ausschuss vorgelegten Organisationsentwurfs zur innerfinanziellen Deckung der aufzunehmenden Kredite zuzustimmen und den Entwurf an den Ausschuss zurückzuverweisen.

Nach dem Schlußwort Dr. Hachenburgs wird der Antrag Cohen angenommen.

Maßnahmen der Entente gegen die „Deutschen Werke“.

Kreis (Arbeitn. d. Handw.): Die von der Entente vorgenommene sinnlose Auslegung der maßgebenden Vorschrift des Friedensver-

trages muß zu einer völligen Vernichtung des deutschen Wirtschaftsliebens führen. Die „Deutschen Werke“ sind ausdrücklich von der Entente anerkannt worden unter der Voraussetzung, daß die Herstellung von Kriegsmaterial in ihnen unterbleibt. Die Arbeiterschaft ist nicht gewillt, sich die Arbeitsmöglichkeit nehmen zu lassen. Wir erwarten eine entschiedene Abwehraktion der Regierung und appellieren an die Weltöffentlichkeit.

Reichschahminister Bauer:

Das Vorgehen der Interalliierten Militärkommission ist noch viel unverständlicher, als der Vorredner es dargelegt hat. (Hört! Hört!) Am 10. Februar 1920 teilte die Vorkommission auf unsere Anfrage mit, daß sie mit der Umstellung der Heeres- und Marinebetriebe, in denen im Herbst 1918 260 000 Menschen arbeiteten, in Friedensbetriebe einverstanden sei. Unter den größten Schwierigkeiten — die Entente verlangte u. a. die Zerstörung von Maschinen und Gebäuden — ist dann der Betrieb der Deutschen Werke umgestellt worden, und zwar im Einverständnis mit der Interalliierten Militärkommission. Jetzt wird durch die Räte des Generals Kollert alles in Frage gestellt.

(Hört! Hört!) Unabsehbare Folgen knüpfen sich an die Durchführung der Maßnahmen. Bei dem Erfurter Werk, das sich mit der Fabrikation von Gewehren befaßt, mußten die Maschinen zum größten Teile zerstört werden; das Werk hat die Herstellung von Kleinkalibrigen Pistolen, ausgesprochenen Sportwaffen, in Fabrikation genommen, ebenso die Herstellung von Jagdgewehren. Große Kapitalien sind in dem Werk investiert. Eine andere Fabrikationsmethode kommt nicht in Frage. Die Arbeiter dort sind seit Jahrzehnten auf die Gewehrfabrikation eingestellt. Jetzt fordert die Kommission Einstellung der Fabrikation, und zwar ihre Durchführung bis zum 31. März 1922. Bis zum Jahresbeginn müssen die Deutschen Werke der Kommission ein neues Fabrikationsprogramm vorgelegt haben. Geschieht das nicht, so verlangt die Kommission auf Grund des Art. 168 des Friedensvertrages voraussichtlich die Schließung der Betriebe.

Die Forderungen der Kommission sind nach dem Friedensvertrage unberechtigt.

Wehrlich wie bei dem Werke Erfurt liegt die Sachlage bei dem Werke Hasehorst. In dem größten Teil der Spandauer Werke werden Maschinen und Geräte fabriziert. Ungeheuerlich ist es, daß die Kommission für das Spandauer Werk den

Bau eines neuen Walzwerkes verbieten.

Anstelle der veralteten Einrichtungen soll hier ein kleines Walzwerk errichtet werden; die Stahlwertanlage soll ausgetauscht werden, um das notwendige Eisen herzustellen. Auf Vorkstellungen hin hat General Kollert erklärt, daß der Bau eines Generators oder Ovens wie die Aufstellung von Walzwerken streng untersagt sind. (Hört! Hört! — Zurufe: Unausführbar.) Dabei stellt das Walzwerk nur das Eisen für die Fabrikation von Gegenständen her, die Friedenszwecken dienen. Ohne das Walzwerk rentiert das Spandauer Werk nicht. Die veranlagten starken Verstärkungen in Wolfram haben dem Werke über 9 Milliarden Mark gekostet. Das Werk befaßt sich mit der Umarbeitung der vorhandenen Schießbaumwolle in Filmbaumwolle. Im Einverständnis mit der Kommission! Die Kommission gab sogar amerikanische Baumwolle für diese Zwecke frei. Jetzt verlangt die Kommission, daß dort

jeder Betrieb eingestellt

wird! Die Kommission verlangt Abbruch der Bauarbeiten und sogar Zerstörung der unterirdischen Anlagen. Dabei ist die französische Grenze so nahe, daß jede Vulcano-fabrikation in Wolfram in wenigen Tagen durch Fliegerbomben unmöglich gemacht werden kann. Diese Werke können also Frankreich unmöglich gefährlich werden. (Sehr richtig!) Die Kommission beirät ihre Maßnahmen damit, daß die Fabrikation von Jagdmäusen eine größere Ausdehnung bekommen habe, als es den Bedürfnissen des normalen Handels entspricht. Das Gesenteil ist durch die Bücher leicht erweisbar. Auch verbietet der Friedensvertrag nicht den Abbruch von Jagd- und Sportwaffen, sondern nur den von Kriegsmaterial. Erfurt und Spandau können die Nachfrage nicht einmal voll befriedigen!

Die Anordnung der Entente hat mit Recht nichts zu tun.

Die Familien, in denen die in Frage kommenden Arbeiterfamilien wohnen, sind in ihrer Existenzfähigkeit bedroht. Das Reich büßt erhebliche Steuereinnahmen ein und muß Millionen für Arbeitslosenunterstützung ausgeben. Und das geschieht in einem Augenblick, wo das deutsche Volk bereit ist, sich das Blut unter den Fingernägeln hervorzuarbeiten, um die Forderungen der Entente zu befriedigen. Das der Erfüllungswille bedenklich geschwächt werden muß, ist eine weitere Folge. (Zustimmung.) Leider gibt es keine Instanz, bei der wir unser Recht finden können. Hier wird

der ärgste Machtmißbrauch getrieben.

den man sich denken kann. (Lebhafte Zustimmung.) Die deutsche Regierung wird alles versuchen, um die Aufhebung der Anordnung zu erreichen. Es bleibt nur die Beschwerde an die Vorkommission. Trotz der schlechten Erfahrung mit ihr, müssen wir in diesem Falle auf ihr Eingreifen hoffen, da hier mit Zustimmung der Interalliierten Militärkommission erst Betriebe aufgedacht worden sind, die jetzt vernichtet werden sollen.

Generalkonferenz Dr. Duisberg: Die Arbeitgeber sind mit den Arbeitnehmern einig in der Abwehr der Anordnung. Sie ist weniger auf die Militäristen als auf die Wirtschaftsmänner der Entente zurückzuführen.

Ang. Schweizer (Vertreter der technischen Angestellten) betont, die Maßnahme der Entente wirke besonders aufreizend auf diejenigen Volksteile, auf deren Erfüllungswille die Entente angewiesen sei. Gerade das nötigste aber die deutschen Arbeitnehmer, sich mit ihrem Protest gegen die neueste Ententemaßnahme an die Arbeiterschaft der ganzen Welt zu wenden.

Max Cohen-Reuß schiebt sich dem Protest gegen die Ententemaßnahmen an. Hierauf wird folgende Entschließung Kreis einstimmig angenommen:

„Die deutschen Wirtschaftskreise machen die größten Anstrengungen, um der deutschen Regierung die Möglichkeit zu geben, ihre finanziellen Verpflichtungen durch umfassende Geld- und Sachleistungen gegenüber der Entente zu erfüllen und einen wirklichen Friedenszustand herbeizuführen. Dies ist aber eine einigermassen leistungsfähige Industrie sowie die Möglichkeit ruhiger Entwicklung voraus. Die letzten Maßnahmen der Entente gegen die Deutschen Werke sind jedoch geeignet, dieses Bestreben vollkommen zu unterbinden. Nachdem dem früheren Wunsch auf Umstellung der Deutschen Werke Rechnung getragen wurde, sind die neuen Maßnahmen durch nichts begründet. Sie bedeuten eine neue Schikane, die Fortsetzung des Unsinns, hohe wirtschaftliche Werte zu vernichten; sie machen die Fortführung dieser Werke unmöglich, bringen dadurch viele Zehntausende von Arbeitnehmern um ihre Arbeitsstelle und vermindern die Leistungsfähigkeit der deutschen Industrie. Diese brutalen Maßnahmen sind, da die zur Herstellung von Kriegsgeschützen verwendeten Spezialmaschinen bereits zerstört worden sind, nicht mit den Bestimmungen des Friedensvertrages in Einklang zu bringen. Der vorläufige Reichswirtschaftsrat erhebt deshalb entschieden Einspruch gegen die diesbezüglichen Räte. Er fordert die Regierung auf, mit allem Nachdruck den Bestrebungen der Ententekommission entgegenzutreten, die auf Zerstörung großer Teile der Deutschen Werke oder Unterbindung ihrer Umstellung zu einem Friedenswerte schaffenden Unternehmen zu geht. Ebenso sind die gleichartigen Bestrebungen zu bekämpfen, die unter dem Vorwand der Verhinderung von Rücklagen lediglich darauf abzielen, im Interesse der Konkurrenz große Zweige des deutschen Wirtschaftslebens lahmzulegen. Ein solches Vorgehen beraubt nicht nur Millionen deutscher Arbeitnehmer ihres Brotes, sondern muß auch die Erfüllung der von Deutschland übernommenen Reparationsverpflichtungen unmöglich machen.“

Stweiger stellt fest, daß die Arbeitnehmergeuppe gestern nur gegen die vom Ausschuss empfohlene und vom Reichsrat angenommene Abschmähung der Vermögenszuwachssteuer gestimmt habe. — Ein Antrag Cohen-Reuß, der Hilfe für die durch den Marktzins in eine überaus schwierige Lage geratenen deutschen Valutaschuldner verlangt, wird dem Finanzausschuss überwiesen.

Dann wird die gestern abgebrochene Aussprache über unberechtigte Preissteigerungen usw. fortgesetzt.

Adolf Cohen: Die Kartoffeln müssen zu einem für die Arbeiterbevölkerung erschwinglichen Preise zu haben sein. Solange das nicht der Fall ist, hat das Ernährungsministerium seine Schuldigkeit nicht getan. Die Gefahr innerer Unruhen infolge der ungenügenden Ernährungsverhältnisse ist nicht von der Hand zu weisen.

Bäcker (Vertreter der Verbraucherschaft): Die Ergebnisse rechtfertigen keineswegs die hohen Preise. In München kostet das Pfund Kartoffeln sogar 1,50 M. Die Landwirte sollten ihre Kartoffeln nur an solche Händler verkaufen, die im Besitz eines Ausweises sind. Einen großen Teil der Schuld an den Mischständen trägt auch die Industrie, da sie von sich aus viel zu hohe Preise bietet.

Ein Vertreter des Ernährungsministeriums führt aus: Die Konzeptionierung allein kann die Lage nicht bessern. Wir richten an die Landwirte den Appell, an den legalen Handel abzuliefern, vor allem an die Genossenschaften. Eine radikale Umstellung des Kartoffelhandels ist nicht ratsam. Ueber Maßnahmen gegen die zu hohen Margarinepreise schweben zurzeit Erwägungen.

Dem Beschlusse über Notstandsmaßnahmen zur Unterstützung der Empfänger von Invalidenrenten stimmt der Reichswirtschaftsrat nach den Ausschussanträgen zu.

Wirtschaft

1 Mark = 2 Pfennige.

Die Valuta hat sich erneut verschlechtert. Zwar haben sich die Kurserhöhungen fremder Wechsel an der gestrigen Börse nicht in dem Umfange ausgedehnt, die sie beim Börsenbeginn erreichten. Der Dollar, der im freien Verkehr bis auf 247,5 M. gestiegen war, ging auf „nur“ rund 230 bei der amtlichen Notierung zurück. Die Reichsbank gab, um das Angebot am Markt zu vergrößern und die ungesunde Entwicklung des Wertes der Mark hintanzuhalten, selbst Devisen her. Aber auch die amtlichen Notierungen zeigen gegen vorgestern eine beträchtliche Erhöhung. So stieg der Dollar gegenüber vorgestern von 204,79 auf 229,77, 100 holländische Gulden schneitlen von 6993 auf 7092 M., 1 Pfund Sterling von 804,15 auf 914,05 M., 100 französische Frank von 1513,45 auf 1708,25 M., 100 Schweizer Frank von 3796,20 auf 4220,65 M. Auch bei diesen Kursen konnte die Nachfrage nach Devisen nicht gedeckt werden, vielmehr mußte das Material „zugeleitet“ werden, d. h. nur 25 bis 75 Proz. des angemeldeten Bedarfes wurden gedeckt.

Vergleicht man die jetzigen Kurse derjenigen Geldsorten, die dem Golde am nächsten stehen, also des Dollars und des Schweizer Franken mit dem Umrechnungskurs der Vorkriegszeit, so ergibt sich, daß die Mark bereits unter 2 Pfennige — in Gold gerechnet — gesunken ist! Die Bewegung hat damit nicht ihr Ende erreicht. Die Kreise, die durch Bereitwilligkeit zu rascher Hilfe den Kurs heben wollten, der Besitz in Landwirtschaft, Handel und Industrie, warten in erstaunlicher Ruhe ab, bis die steigende Geldentwertung das Reich dem Abgrund näher und näher bringt. Ein Börsenblatt, das zugleich gegen die Erhöhung der Börsensteuer Einspruch erhebt und mit sattem Schagen die Milchmädchenrechnungen des Präsidenten des vorläufigen Reichswirtschaftsrates von Braun mit seiner unsachlichen Kritik an den Reichsfinanzen abdruckt, schreibt an der Spitze seines Marküberichts: „Die deutsche Wirtschaft eilt mit Riesenschritten der definitiven Katastrophe entgegen.“ Aus dem Munde derer, die die Gesundung der Reichsfinanzen planmäßig betreiben, klingt das wie ein Subterfug. Und in der Tat verdienen die Besitzer der Sachwerte an dieser angeblichen Katastrophe Milliarden. Hier steht die berufsmäßige Plamaagerei in klingende Münze um.

Es ist aber nicht wahr, daß die deutsche Wirtschaft an der Valutaverschlechterung zugrunde gehen muß, und alle Goldmilliarden der Entente, die auf dem Papier als deutsche Schuld stehen, werden zu Wasser, wenn es uns gelingt, die Undurchführbarkeit des Friedensvertrages zu beweisen. Die Feinde des Friedens, der Republik und der Arbeiterschaft aber können diese Beweisführung ab oder verzögern sie von Tag zu Tag, weil sie noch immer auf das Wunder hoffen, daß Briand und Lloyd George sich durch Proteste der Großverdiener und Durchhaltepolitiker einschüchtern lassen. Wie seit dem Kriege war die deutsche Wirtschaft so stark beschäftigt wie in den letzten Monaten. Gewiß verlieren wir auch volkswirtschaftlich gesehen, einen erheblichen Teil des Arbeitsertrages dadurch, daß deutsche Ware zu Schleuderpreisen auf den Weltmarkt kommt und daß die Löhne niedrig sind. Aber dafür haben wir so gut wie gar keine Arbeitslosigkeit mehr, während andere Länder, besonders England und Amerika, darunter schwer leiden. Und wenn es auch fraglos richtig ist, daß die Valuta langsam und stetig sinken muß, weil die ersten Reparationszahlungen nicht aus Ueberflüssen der Wirtschaft geleistet werden können und Substanz des Volkvermögens noch nicht verfügbar gemacht ist, so ist jedenfalls der enorme Kurssturz der letzten Tage unberechtigt, und er wird auch wieder Rückschläge weichen, die die Kaufkraft der Mark wieder heben. Die immer von einer Katastrophe reden, sollten sich doch vor Augen halten, daß Deutschland nun seit Kriegsbeginn überhaupt nicht aufgehört hat, vor der ewig prophezeiten „Katastrophe“ zu stehen und trotz großer Opfer doch eine Reihe schwerer Krisen überstanden hat. Daß der Zusammenbruch unvermeidlich ist, wenn zu der Steuerflucht des Besitzes der Druck der Entente käme, liegt an der Hand. Fraglich aber ist bereits, wer dabei mehr zu verlieren hat, der Besitz oder die Arbeitskraft. Darüber sollten sich die Katastrophopolitiker einmal ganz ernsthaft den Kopf zerbrechen. Die Arbeiterschaft ist jedenfalls nicht gefonnen, es auf diese Probe ankommen zu lassen, sondern den Zusammenbruch zu verhindern.

Fortschreitende Teuerung.

Die Teuerung hat im Monat Oktober infolge der rasch fortschreitenden Entwertung der Mark weiter stark zugenommen. Nach den Berechnungen des statistischen Reichsamts, denen die Erhebungen über die Ausgaben für Ernährung, Heizung, Beleuchtung und Wohnung zugrunde liegen, ist die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten im Monat Oktober auf 1146 (1062 im September) gestiegen. Dabei wurden die Ausgaben für die gleichen Lebensbedürfnisse im Jahre 1913/14 gleich 100 gesetzt. Die Erhöhung der Lebenshaltungskosten im Monat Oktober bedeutet eine Steigerung gegenüber dem Vormonat um 7,9 Proz., gegenüber Januar d. J. um 41,4 Proz., gegenüber dem Monat Oktober des Vorjahres um 35,9 Proz. Neben einer mäßigen Steigerung der Ausgaben für Heiz- und Leuchtstoffe und für die Wohnung haben in hauptsächlich erhöhte Aufwendungen für die Ernährung das Anwachsen der Indexziffer veranlaßt. Die Indexziffer für die Ernährung allein ist im Oktober auf 1532 (gegenüber 1413 im September) gestiegen. Zu dieser Erhöhung trugen teilweise recht beträchtliche Preissteigerungen für viele Lebensmittel bei. Nur der Brotpreis hat sich durchschnittlich nicht geändert. Die Preise für eine Reihe von Gemüsen haben etwas nachgelassen. Dagegen sind die Kartoffeln wieder erheblich teurer. Außerdem haben für Hülsenfrüchte, Fette und Eier, auch Fleisch und Fische die Preise angezogen. Ueberall im Reiche wurden Erhöhungen der Teuerungszahlen festgestellt.

Gewerkschaftsbewegung

Gegen die wilden Streiks.

Der Verbandsrat des Fabrikarbeiterverbandes beschäftigt sich eingehend mit der Lage in der Organisation. Der gedruckte Bericht des Vorstandes schildert die von dem ADGB und dem Verbandsrat getroffenen Maßnahmen zur Bekämpfung der Teuerung und Arbeitslosigkeit. Die Vorgänge in Höchst und in den Leunawerken, die den Fabrikarbeiterverband als Tarifkontrahenten des Reichsrahmungsvertrages für die chemische Industrie sehr nahe berühren, erfahren darin eine kritische Beleuchtung. Die Oppauer Explosion ist ebenfalls in den Kreis der Betrachtungen einbezogen. Der mündliche Bericht, der vom Verbandsvorsitzenden Brey gegeben wurde, brachte eine wirkungsvolle Ergänzung. Grohmann berichtete über das Tarifwesen und die Lohnbewegungen des Verbandes. Trotz aller wirtschaftlichen Schwierigkeiten war der Fabrikarbeiterverband imstande, einen Ausgleich für die Teuerung durch entsprechende Lohnerhöhungen zu schaffen. Dort, wo es nottat, hat der Verband den Kampf nicht gescheut. Er hat im laufenden Jahre bis zu Anfang Oktober über 13 Millionen Mark Streit- und Minderungsunterstützung gezahlt, davon 5 1/2 Millionen im dritten Quartal. Redner wandte sich energisch gegen die wilden Streiks, die stets mit Niederlagen für die Arbeiterschaft enden. Nicht selten kommen diese Bewegungen den Unternehmern sehr gelegen. Es gericht der Arbeiterschaft nicht zur Ehre, in die von den Unternehmern gestellten Fällen blind hineinzutappen. Der Streik darf nur als letztes Mittel und nur zur Durchführung gewerkschaftlicher Forderungen angewandt werden.

In der Aussprache nahmen die Vorgänge in Höchst einen breiten Raum ein, die Haltung des Vorstandes wurde allgemein als richtig anerkannt. Der Kampf des Verbandes kann nicht dazu dienen, die Folgen verunglückter Quertreibereien unverantwortlicher Kreise zu tragen. Es kam aber auch zum Ausdruck, daß die Maßnahmen des Arbeitgeberverbandes für die chemische Industrie des Frankfurter Bezirks ebenfalls nicht dem Geiste des Tarifvertrages entsprachen. Von einem Verbandsvertreter aus Schlesien wurde lebhaftest Klage geführt über das unverantwortliche Vorgehen kleiner Minderheitsgruppen, die, ohne sich mit dem maßgebenden Verbande zu verständigen, ihre Mitglieder aus dem Betriebe herausziehen. Von einigen Rednern wurde angetragen, in solchen Fällen zur Selbsthilfe zu greifen.

Der Verbandsrat genehmigte die Erhöhung des Verbandsanteils am Stammkapital des „Bundes sozialer Bau- und Arbeitervereine“ von 600 000 M. auf 1 Million Mark. Das Institut für Gewerkschaftliche Angelegenheiten in Frankfurt a. M., für das der Vorstand im laufenden Jahre eine Unterstützung von 10 000 M. bewilligt hat, soll eine jährliche Beihilfe erhalten. Ein Antrag auf Einberufung einer Konferenz für die chemische Industrie wurde dem Vorstande zur Erledigung überwiesen. Ferner beschloß der Rat, ein Mitteilungsblatt für die Verbandsfunktionen herauszugeben.

Labisch-Saarbrücken hob die Gefahren hervor, die der Gewerkschaftsbewegung des Saarlandes durch die allgemeine Einführung der Frankenwährung drohen. Der Verbandsrat stimmte einer Entschließung zu, die den Vorstand des Verbandes und den ADGB auffordert, geeignete Maßnahmen zu treffen, um den Zusammenbruch der Gewerkschaften im Saarland zu verhindern. Die Beitrags- und Unterstühtungssätze wurden neu geregelt. Die Beiträge betragen vom 1. Januar 1922 an wöchentlich in der ersten Beitragsklasse 5 M., in der zweiten 4 M., in der dritten 3 M. und in der vierten Beitragsklasse 2 M. Die Sätze für Streit- und Minderungsunterstützung wurden dementsprechend erhöht. Die Sätze für Erwerbslosenunterstützung, Umzugs- und Sterbegeld um 50 Proz. Die erhöhten Unterstühtungssätze treten gleichfalls am 1. Januar in Kraft.

An dem Beschlusse über die Arbeitszeit gewerblicher Arbeiter, über den Hauptreferierte, wurde scharfe Kritik geübt. Besonders neben hierzu die §§ 6 und 20 Anl. Die dringlichste geforderte Einführung der 56-Stunden-Woche in den tonmineralischen Betrieben fand scharfen Widerspruch.

Die Vorschläge der Gehaltskommission fanden Annahme. Die Sätze der Unfallunterstützungssätze wurden verdoppelt, der Satzungsentwurf für die weitere Ausgestaltung der Kasse fand ebenfalls die Zustimmung des Rates. Die endgültige Beschlussfassung wurde dem Verbandsrat überlassen, der vom 2. bis 8. Juli 1922 in Frankfurt a. M. stattfinden soll.

Brey forderte zum Schlusse die örtlichen Verwaltungsstellen auf, sich an den örtlichen Gründungen des „Bundes sozialer Bau- und Arbeitervereine“ durch Kapital und Mitarbeit zu beteiligen.

Gemeindearbeiter und 9. November.

Der Beschluß der Funktionärerversammlung der städtischen Arbeiter und Angestellten zum 9. November war am Freitag Gegenstand der Verhandlungen zwischen dem Magistrat, der Tarifkommission und dem Lohnrat für die Gemeindebetriebe. Angehts der Stellungnahme der Gewerkschaftskommission und der Parteien zum 9. November und der damit für die Durchführung des Beschlusses der Funktionärerversammlung sich ergebenden unüberwindlichen Schwierigkeiten kamen die Tarifkommission und das Lohnrat nach nochmaliger eingehender Würdigung aller Verhältnisse zu dem Beschlusse, den Kollegen zu empfehlen, dem Beschlusse der Gewerkschaftskommission und der Parteien beizutreten. Die Betriebsvertretungen werden aufgefordert, sich mit den Betriebsleitungen über die Durchführung des Beschlusses ins Benehmen zu setzen.

In der Frage der Wirtschaftsbeihilfe erkannten die Vertreter des Magistrats einstimmig die Notwendigkeit einer Erhöhung der Löhne für die städtischen Arbeiter und Ange-

stellten trotz der laufenden Tarife in Form einer einmaligen Wirtschaftsbeihilfe an, sie erklärten sich bereit, im Magistrat und der Stadtverordnetenversammlung dafür einzutreten, daß diese Regelung in der nächsten Magistrats- bzw. Stadtverordnetenversammlung herbeigeführt wird, so daß voraussichtlich am 11. d. M. ein greifbares Resultat vorliegen dürfte. Das Lohnrat und die Tarifkommission für die Gemeindebetriebe.

Generalversammlung der Berliner Fabrikarbeiter.

Am 30. Oktober nahm die Generalversammlung des Verbandes der Fabrikarbeiter Stellung zu den letzten Ereignissen in der Berliner Arbeiterbewegung. Reimann wies auf die Kämpfe der Holzarbeiter und den Streit im Gastwirtsgerber hin. Die Verwaltung hat für die Gastwirtsgehilfen 23 000 M. aus der Lokalkasse zur Verfügung gestellt; sie ist ständig bemüht gewesen, die Stellung der im Kampf stehenden Arbeitergruppen moralisch und materiell zu stärken. Die Tätigkeit im letzten Quartal war auf den Neuaufbau von Lohnabkommen gerichtet. In vielen Fällen war das ohne Arbeitseinstellung nicht möglich. Wiederholt hatte die Verwaltung zu wilden Bewegungen Stellung zu nehmen. Diesen Bewegungen muß im Interesse der Organisation entgegengetreten werden, eine Sanktion wird unter keinen Umständen erfolgen. Der Kassenbericht weist in Einnahme und Ausgabe in der Hauptkasse 640 543,90 M., für die Lokalkasse 645 883,07 M. auf. Der Lokalkassenbestand hat sich um circa 30 000 M. erhöht. Die Mitgliederzahl ist um circa 1500 gestiegen.

In der Diskussion sprachen Adam und Balke zwar nicht zu dem Bericht über die Tätigkeit der Verwaltung, brachten dagegen die alten Klagen über „verkehrte Taktik“ der Gewerkschaften hervor, ohne jedoch neue und bessere Wege zu zeigen. Sehr wirkungsvoll traten Blaschke, Sewetow und Naujokat sowie die Kollegin Höder diesen Ausführungen entgegen.

Im Schlußwort wandte sich Reimann gegen die Phrasenhetzen, die sich leider auch im Fabrikarbeiterverband immer wieder zeigen. Will die Arbeiterschaft im Kampf zwischen Kapital und Arbeit siegen, ist Einigkeit des Proletariats die Vorbedingung. Dieser Einigkeit die Wege zu ebnen, ist die Aufgabe der Gewerkschaften. Die beiden Punkte, Bericht von der Beiratsitzung und Anträge, wurden wegen vorgerückter Zeit vertagt.

Generalversammlung der Berliner Schuhmacher.

Eine überfüllte Generalversammlung nahm den Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung für das dritte Quartal 1921 entgegen. Den Kassenbericht gab Böhrer. Die Lokalkasse schließt mit einer Einnahme und Ausgabe von 155 134,07 M., die Zentralkasse mit 168 090,50 M. Der 1. Bevollmächtigte Hörh gab eine Uebersicht über die örtlichen Lohnbewegungen, die alle Branchen und Kategorien umfaßt. Zu rügen sind die Teiltaktionen. Bei drohenden Konflikten sind alle Verhandlungsmöglichkeiten und rechtzeitig die Institutionen der Organisation in Anspruch zu nehmen. Wilde Streiks können vom Verband finanziell nicht unterstützt werden.

In der Debatte verlangte eine Kollegin, daß bei erneuten Verhandlungen der Zentralvorstand die ungleichmäßige Staffelung der Teuerungszulagen für männliche und weibliche Arbeiter verhindern soll, da die Frauen die Preise für die Lebens- und Bedarfsartikel ebenso bezahlen müssen wie männliche Arbeiter.

Im Schlußwort forderte Hörh die Betriebsräte auf, ihre Rechte, die sie nach dem Betriebsrätegesetz haben, mit aller Entschiedenheit wahrzunehmen. Vor allen Dingen sind die Lohnbücher zu kontrollieren und der Willkür der Unternehmer bei Entlassungen Einhalt zu gebieten. Eine verschärfte Kontrolle der Produktion ist notwendiger denn je. Nachdem Hörh einige unbegründete Behauptungen zurückgewiesen hatte, wurde auf Antrag der Revisoren dem Revisor-Entlassung erteilt.

Für die streikenden Gastwirtsgehilfen wurde ein Betrag von 4000 M., für die Ruhlandhilfe ein Betrag von 3000 M. bewilligt, die hauptsächlich dafür verwandt werden sollen, die gesammelten Schuhe und Stiefel wieder instandzusetzen.

Friedrich Wischhoff.

Der ehemalige Zentralvorsitzende des Verbandes der Kupfer- und Zinnarbeiter, Genosse Wischhoff, ist am 1. November im Alter von 75 Jahren gestorben. Im Jahre 1895 wurde er in Hamburg angestellt und bekleidete den Posten des Vorsitzenden bis zur Verlegung des Verbandes nach Berlin im Jahre 1907, wo er als Hauptkassierer bis vor zwei Jahren tätig war. Drei Jahrzehnte gehörte er der Sozialdemokratischen Partei an, der er bis zuletzt treu blieb. Mit Wischhoff ist wieder einer der Alten von uns gegangen, die mit die Fundamente unserer heutigen Gewerkschaftsbewegung errichtet haben.

Ein wackerer Kämpfer.

Infolge der Geldentwertung werden natürlich auch die Gewerkschaftsbeiträge entwertet. Sollen die Aufgaben der Gewerkschaften darunter nicht leiden, müssen wohl oder übel die Beiträge der Gewerkschaftsmitglieder nominal erhöht werden. Obgleich die Notwendigkeit der Beitragserhöhungen jedem Menschen, der bis zehn zählen kann, ohne weiteres einleuchtet, ist doch in jedem Falle mit der Last zu rechnen, daß niemand gern Geld ausgeben mag, wenn er nicht Zug eine Gegenleistung dafür bekommt.

Auch der in Moskau so plötzlich zum Kommunismus bekehrte frühere Angestellte der Berliner Schneider, Herr Schuhmacher, weiß sehr wohl, daß die Beitragserhöhungen notwendig sind, daß alle Gewerkschaften, die bisher noch damit zurückgehalten haben, dazu übergehen müssen. Er befreit das auch nicht. Vielmehr spekuliert er auch in diesem Falle auf „den Unterstand der Massen“. Die Beitragserhöhungen sollen von den kommunistischen Gewerkschaftsmitgliedern und ihrem Anhang als

Professionsmittel gegen die Verbandsleitungen mißbraucht werden. Wollen die Organisationen die Beiträge erhöhen, vielmehr sie den veränderten Geldverhältnissen mehr anpassen und anpassen, dann haben sie erst ein Bekenntnis des Wohlbehaltens den Kommunisten gegenüber abzulegen und die kommunistische Taktik anzuerkennen, bevor die kommunistischen Gewerkschaftsmitglieder sich herablassen, ihre Agitation gegen die Beitragserhöhungen einzustellen und der jeweiligen Beitragserhöhung zuzustimmen oder doch sich der Stimme zu enthalten. Weil das die Verbände nicht können, sollen die Kommunisten in allen Gewerkschaften unbedingt jede Beitragserhöhung ablehnen.

Er kann im großen nichts verrichten und fängt es nun im Kleinen an, der Herr Schuhmacher. Diese niedrige Spekulation auf die niedrigsten Instinkte, die Schuhmacher in einem Artikel der „Roten Fahne“ als kommunistische Gewerkschaftstaktik empfiehlt, nachdem diese Taktik bereits bei den Metallarbeitern erfolgreich erprobt ist, muß selbst von ihrem Verfasser als falsch vom kommunistischen Standpunkte aus erklärt werden.

„Doch, was kümmert dich, ich bitte dich, die Regel...“ sagt der große Stratege — „Wenn sie nur nieder vor dir mit allen ihren Fahnen sinken.“

Der Redaktion der „Roten Fahne“ sind solche Machinationen denn doch zu kleinlich. Sie ist „nicht nur mit der Gesamttendenz des Artikels gegen Beitragserhöhungen in den Gewerkschaften, sondern auch mit einzelnen Sätzen nicht einverstanden“, nichtdestoweniger hat sie den Artikel gebracht. Zur Charakteristik der kommunistischen Gewerkschaftsstrategen vom Schlage eines Schuhmacher war das zwar nicht mehr nötig, kann aber auch nicht schaden.

Unverständliche Personalpolitik.

Die am Freitag im Hochbahnhof tagende Mitgliederversammlung der Zahlstelle Eisenbahndirektion des Deutschen Eisenbahnerverbandes (Ortsgruppe Groß-Berlin) beschäftigte sich mit der Personalpolitik der zuständigen Ministerien und erhebt in einer Resolution Protest gegen die Maßnahmen der Verwaltung, die Ausheiferinnen der Eisenbahn zur Post zu überweisen, wo täglich eine große Zahl Familienväter entlassen wird.

Diese Maßnahme muß mit aller Entschiedenheit zurückgewiesen werden, da sie durch nichts gerechtfertigt wird. Weder sind die betreffenden weiblichen Kräfte im Eisenbahndienst überflüssig, noch sind die in Frage kommenden Ausheiferinnen wirtschaftlich so gestellt, daß sie auf Erwerbsmöglichkeiten nicht angewiesen wären. Dagegen steht für alle Eingeweihten fest, daß den maßgebenden Stellen diese Kräfte lästig erscheinen, da man lieber mit Protektionen arbeiten (Beamtenöchtern) arbeitet. Mit Recht haben sich die Ausheiferinnen gegen eine Ueberführung in den Postdienst getraut, weil ja die Verminderung des Postpersonals Tagesgespräch ist. Gegen die geplanten rücksichtslosen und unberechtigten Entlassungen wenden sich die Ausheiferinnen ganz entschieden und fordern ihre Organisationen — Deutscher Eisenbahnerverband und Deutscher Verkehrsband — auf, sich mit aller Macht gegen diesen reaktionären Plan zu wenden.

Zum Betriebsrätekongreß der Metallindustrie teilt uns der Hauptvorstand des Afo-Bundes mit, daß sich der Vorstand des Afo-Bundes mit dem Vorstand des Deutschen Metallarbeiterverbandes über den in Leipzig stattfindenden Metallbetriebsrätekongreß inzwischen verständigt hat. Danach werden die in der Metallindustrie vertretenen Afo-Verbände Betriebsräte als Gäste mit beratender Stimme zu dem Kongreß entsenden. Die noch ausstehende endgültige Regelung bestimmter Organisationsfragen für die Betriebsrätekongresse darf auf keinen Fall dazu führen, etwa die innige Zusammenarbeit der Angestellten und Arbeiter und ihrer beiderseitigen Betriebsräte in der Metallindustrie irgendwie zu beeinträchtigen. Der Afo-Vorstand hat auch für die Teilnahme an dem Kongreß den Verteilungsplan für die Delegierten mit den einzelnen Zentralvorständen berattigt getroffen, daß der Zentralverband der Angestellten, der Bund der technischen Angestellten und Beamten und der Deutsche Werkmeisterverband eine Vertretung erhalten, die jedem dieser Verbände einen Delegierten aus der Berliner Metallindustrie sichert.

Für Schichtarbeiter, insbesondere für Abendarbeiter beginnt Dienstag, 3 Uhr, ein Kursus: „Der Betriebsrat und seine Aufgaben.“ Er findet regelmäßig Dienstags von 3—5 Uhr im Sitzungssaal der freigewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale, Engelauer 24/25, 2. Hof 1, statt. Kollegen, die ohne Unterbrechung auf diesem Kursus teilnehmen können, erhalten Hörerkarten im Bureau der Betriebsrätezentrale, auch können sie direkt den Kursus aufsuchen und bei dem Vertrauensmann den Hörerbeitrag von 6 M. (Arbeitslose unentgeltlich) zahlen.

Deutscher Werkmeisterverband, Bezirksverein Berlin I, Sonnabend 8 Uhr im Schützhel, Neue Jakobstr. 24/25, Mitgliederversammlung mit Frauen. Lehrer Reimann spricht über „Weltliche und konfessionslose Schule“.

Verantwortl. für den redakt. Teil: Dr. Werner Beyer, Charlottenburg; für Anzeigen: H. Oede, Berlin. Verlag Bornhörs-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Bornhörs-Verlag, Berlin, Unter den Eichen 11, 1. Stock.

Wolff's
Leinwand
Wolffswaren
ausgefertigt von **Wolffswaren!**

Scharlachberg Meisterbrand

Bingen a. Rh. Vertreter: C. H. Bitzenhofer, Berlin W 50, Fürther Str. 3. Ausgereift und köstlich.

Zinn Dippen
oder Bereiten von Speisen aller Art verwendet die Hausfrau vorteilhaft statt Zunder den allbewährten Schmelz. Er ist rein ohne Zugeschmack, füllt augenblicklich, ist billig und bekömmlich. Da fast konstant, sparsam verwenden. Nach Geschmack pfeifen. **Erhältlich in Kolonialwaren, Drogerien, Handlungen und Apotheken.**

Gold-Platin
Goldschmelze
u. Edelmetalle
zu höchst. Preisen
G. Schliephacke
Juwelier
Friedrichstraße 210
6. u. 7. Hofstr.

Kautabak-Niederlage
G. A. Hanewacker, Nordhausen
Grimm & Triepel Nordhausen
Fischer & Herwig, Hann.-Münden
M. Hansen jr., Hadersteden / Joseph Doms, Ratibor
Max Ziegenhals C. 2, Poststr. 12
Teleph. Zentr. 2711
Verkauft nur an Händler

Offiziere
Ein Buch, das endlich einmal der
Dolchstoßlegende die Trümmer nimmt
Gebunden nur 4.50 M.
Pionier-Verlag, Hamburg 44

Garderobe
auf bequemste
Teilzahlung
bei billiger Preisberechnung
HERREN-DAMEN-
Anzüge, Ca'aways, Palotots, Kostüme
Palotots, Ulster, Röcke, Kleider
Regenmäntel
BURSCHE-ANZUG
Gute Ware! Große Auswahl!
M. Beiser, Lothringerstr. 67.

Das Waffendepot in der „Viktoria“.

Zusammenbruch der Landfriedensbruchanklage.

In dem Landfriedensbruchprozess gegen zehn „Viktoria“-Angestellte wurde gestern in später Abendstunde das Urteil verkündet. Sämtliche Angeklagten wurden von der Anklage des Landfriedensbruchs, die der Staatsanwalt selber fallen ließ, freigesprochen. Ebenso wurden auch sämtliche Angeklagten von der Anklage der vorsätzlichen Sachbeschädigung freigesprochen.

Am zweiten Verhandlungstag wurde zunächst die Beweiserhebung fortgesetzt. Die Frage, ob die angebliche „Zusammenrottung“ der „Viktoria“-Angestellten auf dem Hof des Bureauhauses in der Lindenstraße, bei der die im Keller aufgefundenen Waffen zerstört wurden, eine „öffentliche“ war, wurde bejaht von einem Aufsichtsratsmitglied, einem Herrn Hartmann, der gegenüber den ihm gegenüberstehenden Verteidigern sich sehr fragwürdig gab. Verneint wurden sie aufs bestimmteste durch den Zeugen Rektor Fischer, der im Dezember 1919 Mitglied des Volkzugsrats der Berliner Arbeiterräte war und während des Tumultes telephonisch nach dem „Viktoria“-Gebäude gerufen wurde. Er bezeugte, daß der Haupteingang durch eine jeden Fremden zurückweisende Postenkette der Angestellten versperrt war und daß er nur zugelassen wurde, weil man ihn als Volkzugsratsmitglied erkannte. Ein anderer Zeuge sagte aus, daß vor dem abgesperrten Eingang sich ein Mann einfand, der mit einem Revolver umherjuchelte, ihn auf energisches Verlangen hergab, sich dann als Mitglied der Einwohnerwehr auswies, aber nicht hineingelassen wurde.

Einige Einblicke in die

Verhältnisse der Einwohnerwehr

gestattete die Aussage des Majors a. D. Janssen, des früheren Leiters der Zentralstelle der Einwohnerwehren beim Preussischen Ministerium des Innern, der nach dem Kapp-Putsch aus dem Staatsdienst entlassen worden ist. Die Einwohnerwehr war ursprünglich eine ganz militärische Einrichtung, mußte auf Verlangen der Entente im November 1919 entmilitarisiert werden und wurde dann ins Ministerium des Innern übernommen. Janssen hob hervor, daß er sich stets als Beamter des Ministeriums betradet habe. Die Waffen der Einwohnerwehr seien damals fiskalisches Eigentum gewesen. Von besonderem Reiz ist übrigens, daß einer der Angeklagten selber damals Mitglied der Einwohnerwehr Wilmersdorf war.

Unter den Zeugen, die der Anklagebehörde besonders wertvoll schienen, waren ein paar, die sich in böse Widersprüche verwickelten. Dem Versicherungsangestellten Springfeld, der im Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband Funktionär der Versicherungsangestellten ist, mußte sogar vom Vorsitzenden mehrfach vorgehalten werden, daß er immer wieder seine zunächst mit großer Bestimmtheit gemachten Aussagen einzuschränken sich genötigt sah. Dieser Zeuge mußte auch allen Ernstes gefragt werden, ob er überhaupt weiß, was bei einem Maschinengewehr vorn und hinten ist. Ein anderer Zeuge der Anklagebehörde wußte nicht mal mehr, daß er früher auch vom Untersuchungsrichter vernommen worden ist. Er bestritt das und glaubte es erst, als ihm das Untersuchungsprotokoll mit seiner Unterschrift vorgelegt wurde.

Die Zeugen der Verteidigung bekundeten unter anderem, daß die Situation auf dem Hof bedrohlich war, so daß ein Angriff auf die Direktion befürchtet wurde, dem man dann durch Zerstörung der Waffen vorbeugen wollte. Aus der zusammengekommenen Menge der Angestellten liefen drohende Aeusserungen, z. B. die, man solle die zweite Etage (in der die Direktion sitzt) mit den W.-B. „abflammen“. Danach erst sei die Waffenzerstörung erfolgt.

Nach Schluß der Beweisaufnahme erklärten alle Angeklagten, die Zerstörung der Waffen sei nicht schon in dem Augenblick beabsichtigt gewesen, als sie aus dem Keller auf den Hof geschafft wurden.

Der Vorsitzende formulierte dann die Schuldfragen für die Geschworenen. Die Hauptfrage lautete auf Landfriedensbruch mit dem erschwerenden Umstand der Zerstörung von Sachen, für die Angeklagten Handschläge auch auf „Rädelsführerschaft“. Dazu kam dem erschwerenden Umstand der Zerstörung von Sachen, für den Fall der Verneinung der Hauptfrage lautete auf Sachbeschädigung. Staatsanwalt Dr. Burhardy eröffnete seine Anklagerede mit dem Eingeständnis, daß er

die Anklage auf Landfriedensbruch fallen lassen müsse, weil die Teilnahme an der „Zusammenrottung“ nicht jedem freigestanden habe, so daß die „Öffentlichkeit“ fehlte. Dagegen hielt er acht Angeklagte für überführt der vorsätzlichen Sachbeschädigung.

Die Verteidiger Dr. Korach, Dr. Ball, Dr. Walter Richter, Dr. Zülligauer bestritten auch vorsätzliche Sachbeschädigung. Es handelt sich um einen Notwehrakt, um zulässige Abwehr eines auf andere Personen beabsichtigten Angriffes. Auch Ueberschreitung des Notwehrrechtes aus Bestürzung müsse straflos bleiben. Mindestens habe den Tätern das erforderliche Bewußtsein der Rechtsmüdigkeit gefehlt. Bei einigen Angeklagten wurde überhaupt die Tat bestritten. Für einen Angeklagten wurde seine Zugehörigkeit zu einer rechtsstehenden Partei betont.

„Rädelsführer“ Haendchle erklärte in einem Schlusswort, es erfülle ihn mit Betrübnis, daß er durch seine Tat, zu der er als Obmann der Vertrauensleute sich verpflichtet fühlte, Unheil verübt habe.

Nach der Rechtsbelehrung durch den Vorsitzenden zogen sich die Geschworenen um 8 Uhr abends zur Beratung zurück. Nach einer einstündigen Beratung verkündete der Obmann, daß sämtliche Schuldfragen verneint worden seien. Damit waren die Angeklagten freigesprochen.

Die Brillanten in der Butter.

Ein Gerichtsverfahren ohne Angeklagten.

Wegen verbotener Ausfuhr von Brillanten und Schmuckstücken wurde vor der 7. Strafkammer des Landgerichts I gegen den holländischen Kaufmann Pollack aus Amsterdam verhandelt. Gegen P. selbst konnte keine Anklage erhoben werden, da er sich in Holland befindet, wohl aber wurde zur Einziehung der beschlagnahmten Juwelen zugunsten des Reiches das sogenannte „objektive Verfahren“ eingeleitet, das gestern seinen Abschluß fand.

Der Kaufmann P. wurde auf Veranlassung von Kriminalbeamten, die ihm auf der Spur waren, an der Grenze in Ventheim festgehalten. Bei der genauen Untersuchung fand man 44 lose Brillanten in einem Feuerzeug verborgen. Als P. bei der Durchsuchung in auffälliger Weise zu frühstücken begann, schöpften die Beamten Verdacht und untersagten das Butterbrot einer Kontrolle. Zur allgemeinen Ueberraschung befanden sich in die Butter eingebrückt weitere lose Brillanten und sogar drei Brillantringe und eine Brosche. Pollack erklärte diese eigenartige Transportmethode damit, daß er Furcht vor den internationalen D.-Zug-Dieben gehabt habe. Dies rettete jedoch die Juwelen, die einen Wert von 1 1/2 Millionen Mark hatten, nicht vor der Beschlagnahme. Vor Gericht machte Rechtsanwalt Dr. Brandt für den Angeklagten geltend, daß die Schmuckstücke ausschließlich zum persönlichen Gebrauch des P. und seiner Ehefrau bestimmt gewesen sind, auch schon längere Zeit getragen gewesen seien. Sie seien deshalb nicht als dem Ausfuhrverbot unterliegende und anmeldepflichtige Handelsware, sondern als Reisegepäck im Sinne des Zolltarifgesetzes anzusehen. Das Gericht hob in Anlehnung an das Gutachten des Finanzhoherständigen Regierungsrat Brandt, dem Anträge des Verteidigers entsprechend die Beschlagnahme der losen Brillanten auf und erkannte lediglich auf Einziehung der drei Brillantringe, die der Angeklagte nach

seiner eigenen Angabe kurz vor seiner Abreise in einem Schieberkaffee in der Friedrichstraße gekauft hatte.

Der „Fahnenraub“ von Dahme.

In dem Prozeß wegen Landfriedensbruchs vor dem Potsdamer Geschworenengericht begann gestern die Zeugenvernehmung. Dabei wurde zum erstenmal in Potsdam die religiöse Eidesformel abgelehnt.

Während der Apothekenbesitzer Jakob gestern erklärte, daß er den Angeklagten Otto Frieße beim Fahnenkampf gesehen habe, bezeugte heute der Kassenbote Richard Schmidt, daß er mit Frieße in der fraglichen Zeit Billard gespielt hatte. Der Zeuge Jakob will genau gesehen haben, daß Frieße mit Schaum im Munde während auf dem Kampfplatz herumgetobt habe. Alle Zeugen bekundeten, daß es bei dem Tumult unmöglich gewesen sei, einzelne Personen genau zu erkennen. Einstimmig wurde erklärt, daß der Angeklagte Jacke immer wieder auf die Menge bedrohlich eingeschrien hatte. Trotzdem der Jugendbund gesehen hatte, was das Mitführen der schwarzweißroten Fahne angeht, bestritten gleich nach dem Fahnenkampf mehrere deutschnationale Jünglinge wieder einige Fahnenfetzen an einen Spazierstock, um damit durch die Stadt zu ziehen. Auch diese Herausforderung wurde unterdrückt. In später Abendstunde begannen die Redogers. Es wurden von seiten der Verteidiger Hilfsfragen nach Rötigung und Sachbeschädigung gestellt.

Stille Tage.

Am Montag sind die Theater, Konzertsäle, Kabarett, Stadtspieltheater usw. grundsätzlich geschlossen zu halten. Bei den Theatern findet eine Ausnahme zugunsten ernster Stücke statt. Ebenso darf in Konzertsälen geistliche sowie weibliche ernste Musik vorgetragen werden.

Für den Totensonntag gilt die Bestimmung, daß in allen genannten Unternehmungen nur ernste Darbietungen stattfinden dürfen. Jedoch soll die Bestimmung nur im Rahmen der gegebenen Möglichkeit gelten, so daß also alle Theater, die sichtheilen müßten, wenn sie ihre Repertoire-Stücke nicht geben könnten, an dessen Aufführung nicht gehindert werden sollen. An beiden Tagen sind Nachmittagsvorstellungen verboten.

Eines gefährlichen Brandes wegen, der in einem Kesselhaus Stonskirchstraße 27 entstanden war, wurde die Berliner Feuerwehr am Freitag früh alarmiert. Es gelang, die Flammen auf das Kesselhaus zu beschränken. Großer Unfug lag zwei Feuermeldungen aus der Stettiner Straße 48 und Bernauerstraße 17 zugrunde. In der Landsberger Straße 112 mußte ein Kellerbrand gelöscht werden.

Die Einführung der neu gewählten Stadtverordneten erfolgt durch Oberbürgermeister Böhm am Donnerstag, den 10. November, nachmittags 5 Uhr, im Stadtverordneten-Sitzungssaal des Berliner Rathauses.

Die Vereinigung für Religion und Völkerverständnis veranstaltete am Dienstag in der Reibnitz-Oberrealschule vor einer überaus großen Zuhörerschaft einen Vortrags- und Gesangsabend zugunsten der hungernden Bevölkerung in Rußland. Alwine Wellmann schilderte in ihrer Einleitung die Qual und die Verzweiflungstagen der Hungernden, die nach Angaben zuverlässiger russischer Statistiker 40 Millionen betragen. Man wolle zu den politischen Verhältnissen in Rußland stehen, wie man wolle, das eine sei klar, daß durch die jahrhundertelange Unterdrückung und Knechtschaft des russischen Volkes und durch den Krieg die jetzigen Wirrnisse in Rußland hervorgerufen seien. Heute sei es Pflicht des deutschen Volkes, das russische Volk, das auch als Kulturvolk Anspruch auf Leben habe, vor der restlosen Verelendung zu retten. Ferner hielt Pfarrer Bleier einen Vortrag über den Dichter Dostojewski. Der Abend war ein großer Erfolg für die Rußlandhilfe. Es konnten 1890 M. an die Berliner Gewerkschaftskommission abgeführt werden.

Die Kriegsgeschädigten (Schiedslosverfahren) Staatsangehörigkeit, die auf Invaliden- oder Hinterbliebenenrente Anspruch erheben, können sich nur bis Ende dieses Monats bei dem tschechoslowakischen Konsulat in Berlin, Hildebrandstr. 11, melden, dann erst können ihre Ansprüche. Als Kriegsgeschädigte gelten Kriegsinvalide und Hinterbliebene von Gefallenen, Vermissten usw.

In der Konferenz der SPD-Vertrauensleute für Handel und Industrie am Donnerstag, den 3. November, ist ein Schlußbescheid gefaßt. Er ist im Bureau des Bezirksverbandes, Lindenstr. 3, abzuholen.

Sprach des Zauberers war alles wie vorher. Die weißen Rosen, der Brunnen, die Marmorbilder und das Mondlicht, das alles umglänzte. Und dies Letzte, die milde Verkündung, der lächelnde Ausklang war vielleicht das Wehste an dem Bild und an dem Lied des blinden Geigers drüben.

Fräulein brach — sie wußte nicht warum — in Tränen aus. Sie kauerte bewegungslos und schluchzte leise, um die kleine Eva nicht zu stören, vor sich hin. In dieser Stellung schlief sie endlich ein.

„Sind Sie mir sehr böse?“ fragte Thea am nächsten Morgen.

Fräulein schwieg. „Ich war ein dummes Hundchen gestern. Ich weiß nicht, was mich plagte. Es kam so über mich. Ach Gott, ich weiß ganz gut, was mich plagte. Ich will nicht lügen, ich weiß es nur zu gut.“

Fräulein sah zu Thea hinüber. Thea stand am Fenster. Das helle Morgenlicht zeigte unerbitlich in ihrem Gesicht Fältchen, die Fräulein noch nie bemerkt hatte.

„Ich bin nicht glücklich, Fräulein,“ sagte Thea leise. Fräulein nickte. Man sah es Thea wohl an, daß sie nicht glücklich war.

„Ich wollte, ich könnte irgend etwas tun, irgend etwas ergreifen, um frei zu sein.“

Um frei zu sein... „Und Doktor Henning?“ fragte Fräulein. Es war das erste, was sie zu Thea sagte.

„Er tut mir leid,“ sagte Thea. „Und auch wiederum nicht. Er hat ja den Menschen, den er liebt. Was will er noch? Meine Liebe? Er muß doch wissen, daß ich nicht gefragt wurde — damals. Er muß doch Vater kennengelernt haben.“

„Ist es nicht dennoch schön für Sie?“

„Ich weiß nicht, ob es schön ist. Es quält mich.“ Sie öffnete rasch das Fenster und tief in den Garten hinunter: „Gehst du schon zum Boden. Mutter? Warte einen Augenblick.“

Sie schlug das Fenster wieder zu und nahm Fräuleins Rechte. „Ich bin ein böses Ueberdösel. Ich wußte gar nicht, daß ich so böse sein kann. Aber Sie sind vernünftig, nicht wahr, und trösten's mir nicht noch?“

„Ja,“ sagte Fräulein.

„Ich mache es auch wieder gut. Soll ich Ihnen Kuchen von Hause mitbringen?“

Da mußte Fräulein lachen. (Fortf. folgt)

46]

Fräulein.

Von Paul Enderling.

Wohin sie eigentlich, was sie so inmitten des Schoßes der Familie sich heranziehen? Daß sie Feinde im eigenen Lager heranziehen? Was wissen sie von uns? Wenn sie es ahnten, würden sie aufschreien vor Schreck.

Sie wollte Hermann helfen mit eigenem Geld, mit den kümmerlichen Ersparnissen schwerer Jahre. Sie hatte für ihn borgen wollen. Sie hatte den Oberlehrer bitten wollen, seinen Einfluß beim alten Görke einzusetzen. Vielleicht lächelte Hermann zu dieser Stunde über sie und ihre Aengste. Ein anderer Bucherer half ihm schon über die Hand des ersten. „Er ist ja der Sohn des reichen Görke,“ hatte der Bucherer gesagt.

Sie hatte Thea zurückgeführt ins Haus, in die ruhende Zukunft, und behütet vor dem Faustschlag des Geschicks, das sie draußen zusammenhauen mußte. Und Thea höhnte über die Gouvernante, das Fräulein, das man doch nicht heiratete, — und keinem fiel es ein, das sofort auszugleichen.

„Wer hinderte mich, ihre Tochter ins Verderben rennen zu lassen, kopfüber? Wer hinderte mich, ihren Sohn an mich zu ziehen und ihn nicht loszulassen? Herrgott, laß mich nicht schlecht werden!“

Tausend kleine Demütigungen, erlebte und in der Phantasie lebendig gewordene, zerrten nun an ihr und rissen sie hinab in eine Tiefe, von der sie sich früher kein Bild hätte machen können.

War sie nicht eine wehrlose Gefangene, die stündlich neue Gewalttat und Rohheit erwarten mußte? Aber wie sollte sie heraus aus dem Kerker? War das ganze Leben nicht ihr Kerker?

Eine andere Stelle suchen, das war leicht. Aber würde es da anders sein? Mit Grauen dachte sie an die prüfenden Blicke der Damen, die sie engagieren wollten. Sie war eine arme Skavin, nur daß sie noch mehr verkaufte und schwerer trug.

Aber wenn mich Lothar so sieht, so als arme, kleine, kümmerliche Skavin, — kann er mich dann lieben? Und wenn ich fort bin und er mich hier nicht mehr findet — was dann?

Sie war in ein Netz verstrickt. Sie hatte anderen helfen wollen, den Menschen zuzutreten, und sah selber darin, rettungslos und hilflos.

Wie haßerfüllt Thea gewesen war — wie besinnungslos! Und bei dieser Erinnerung überstülte es Fräulein: Thea war eifersüchtig. Sie wußte vielleicht von Lothar mehr als sie selber... Wäre sie sonst so maßlos gewesen?

Fräulein lächelte. Sie lächelte, wie nur eine Frau lächelt. Und nun wußte sie, sie würde aushalten; bis — ja bis wann? Bis Lothar kam — bis er um sie warb — bis er fortgegangen? Ach, es war kein Ende von Schmerz und Qual abzulehnen.

Als sie schon einschlafen wollte, klang Geigenpiel zu ihr herüber. Das war der junge Hilmer, der mit seiner Mutter im vorderen Haus wohnte. Er war blind, aber nicht von Kind an: er hatte sich, als er im Abiturentenzugamen durchfiel, zu töten versucht; die Kugel hatte aber nur das Augenlicht vernichtet und ihm ein dunkles Leben gelassen. Nun griff er ab und zu zur Geige und sprach da Dinge, die er nicht mit den Lippen sprechen mochte. Er hatte schon lange nicht gespielt. Warum heute?

Die Klänge spannen eine Brücke zu ihr herüber, eine Brücke leicht und vielfarbig wie ein Regenbogen. Sie ging in Mondlicht durch verwilderte Gärten; aus den dunklen Hecken schimmerten marmorne Bilder herüber. Sie ging an verwitterten Palästen und stillen Brunnen vorbei, aus denen sich erste, fremde Geschöpfe mit klagenden, fragenden Augen neigten. Die Bäume wurden lebendig. Es waren am Ende gar keine Bäume mehr. Es waren dunkle Gestalten, die etwas in den Händen trugen: Gold, Weißbraun und Myrrhen. Und herbe, schlante Erpeden kamen aus maurischen Hallen. In den Händen trugen sie Girlanden aus weißen, weißen Rosen. Und nun — schrill und hart sprach jetzt die Geige. Sie schrie in wildem Schmerz. Es war wie verzweifelter, ausschweifender Aufbäumen gegen ein Schicksal, wie der Trost eines, den man den Sabbat seines Herzens nicht feiern lassen will und der lieber zugrunde geht, als daß er ihn läßt.

Sie hatte das Herbeit abgestreift und sah auf dem Lager, die Hände um die Knie gefaltet. Es fror sie. Aber sie ockete dessen nicht. Sie hörte dem Singen der Geige zu, und ihre Augen weiteten sich in Angst und Not.

Durch die verwilderten Gärten brauste der Sturm; er brach Wüste von den Bäumen, Glieder und Köpfe von den Marmorbildern und erricht die weißen Rosenranken. Am Brunnenrand hatte ein unförmiges Wesen mit grünen Ohren und lächelnde hässlich. — Und wiederum wie durch einen



PRYM'S ZUKUNFT DRUCKKNOPF

DIE WELTMARKE

WILLIAM PRYM, G.M.B.H. STOLBERG, RHL. BERLIN & WIEN

WUTZER

Theater, Lustspiele usw.

Opernhaus
Fidelio
7 1/2 Uhr

Schauspielhaus
Auler Abonnement
Peer Gynt
7 1/2 Uhr

Deutsch. Theater
7 1/2 Uhr: Louis Ferdinand,
Prinz von Preußen
Sonntag 2 1/2 Uhr: Potasch u.
Perlmutter
7 1/2 Uhr: Louis Ferdinand,
Prinz von Preußen

Kammerspiele
8 Uhr: Der Hühnerhof
Sonntag 11 1/2 Uhr: Tanz-
Matinee Mary Wigmann
2 1/2 Uhr: Büchse der Pandora
8: Der Hühnerhof

Gr. Schauspielh.
(Karlstraße)
7 1/2 Uhr: Die Räuber
Sonntag 3: Die Weber
7 1/2 Uhr: Die Räuber

Theater L. d.
Königgrätzer Str.
Täglich 7.30 Uhr

Manon Lescaut
(Orska, Janssen, Riemann,
Bildt, Brandt, Picha, Reh-
kopf, Appelt, Klupp, May)

Komödienhaus
Täglich 7.30 Uhr:
Die Fahrt
ins Blaue

Gäßner, Richard, Engl,
Vespermann, Stieda,
Dernburg, Pröckl

Berliner Theater
Täglich 7.30 Uhr

Prinzessin
Olala

Fritzi Massary a. G.
Ralph Art. Roberts
Pepi Zampa, Kipef

METROPOL
KRIEGER

Behrenstr. 84
Sonntags
2 Vorstellungen 2
3 1/2 u. 7 1/2 Uhr
Nachm. kleine Preise!

Volksbühne
Theater am Bülowplatz
7 1/2: Das Postamt / Die
Komödie der Irrungen

Lessing-Theater
Heute u. morgen 7 1/2 Uhr:
Die Spielereien
einer Kaiserin

Montag 7 1/2: Der laster-
hafte Herr Tschu

Deutsches Künstler-Th.
Abendstück 7 1/2 Uhr:
Der heilige Ambrosius

Residenz Theater
Sonntag 3 1/2 kleine Preise:
Evchen Humbrecht
Täglich 7 1/2 Uhr

Der König in Paris
Ogallimburg, Kaiser-Titz,
Eise Wasa

Trianon-Theater
Sonntag 4 U. kleine Preise:
Die große Leidenschaft
Täglich 7 1/2 Uhr

Mein Freund Teddy
Arnold Korff, Lotte Linder
W. Bendow, Gis. Schneider-
Nissen, Fr. Schönemann

Kleines Theater
Sonntag 4 U. kleine Preise:
Der Dieb
Täglich 7 1/2 Uhr

Frl. Josette
- meine Frau

Theater des Ostens
(Rose-Theater)
3 1/2: Hänsel und Gretel
7 1/2 Uhr

Fidele Brüder

FOLIES CAPRICE
Linienstr. 132,
am Oranienburger Tor
Täglich 8 Uhr

Nanons Debut
Posse mit Gesang
mit Ferd. Grönecker
Tel.: Norden 8650

Casino-Theater
Lothring. Str. 37 Tägl. 7 1/2
Ganz. neues Programm.
Der Schlager der Spielzeit
Der Weg z. Glück
Volkstück in 4 Aufzügen
Vollständliche Preise!
Sonnt. 3 1/2; Pantoffeltheat.

Central-Theater
7 1/2 U.: D. Detektivmittel

Deutsches Opernhaus
7 Uhr: **Tannhäuser**
Friedr. Wilhelmstadt, Th.

8 Uhr: **American Girl**
Intimes Theater

5 U.: Die Spetunke / Lauf
doch nicht immer nackt
herum

Kleines Schauspielhaus
7 1/2 U.: **Kiki** (Lustsp.)
Lustspielhaus

7 1/2 U.: **Peter Brauer**
Metropol-Theater

U.: **Die Straßensängerin**
Neues Operntheater

8 Uhr: **Königin d. Nacht**
Neues Theater am Zoo

8 U.: **Das Ewig-Nünliche**
Neues Volks-theater

7 1/2 Uhr: **Rose Bernd**
Schiller-Th Charlottenb.

3 1/2 Stützen d. Gesellschaft
8 Uhr: **Meine Frau, die**
Hofschauspielerin

Schloßpark-Th. Steglitz
7 1/2 Uhr: **Das Konzert**
Thalia-Theater

7 1/2 U.: **Schäm' Dich, Lotte**
Theat. a. Nollendorplatz

3 1/2 Uhr: **Heimat**
8 U.: **Die Ehe im Kreise**
Theater des Westens

3 1/2: **Hänsel und Gretel**
7 1/2 U.: **Brand d. Lucculus**
Th. i. d. Kommandantenstr.

(Jüd. Künstler-Theater)
7 1/2 Uhr: **Dybuk**
Wallner-Theater

GROSSES SCHAUSPIELHAUS
Sonntag, den 6. Nov., 3 Uhr
Einmalige Nachmittagsvorstellung
Die Weber
von Gerhart Hauptmann

Komische Apollo-
7 1/2 Uhr Oper
Die große Revue
Der Herr der Welt
Max Landa, Bruno Kastner,
Franz Groß, Wilhelm Har-
stein, Paul Westermeyer,
Lotte Werkmeister,
Sascha Gura, Erna Alberti,
Albert Paulig, Hertha Richter
sowie 75 Damen Ballett!
VORVERKAUF in beiden Theatern ab 10 Uhr ununterbrochen

Apollo-
Theater 8 Uhr
Die Ausstattung-Operette
Frau Luna
Oskar Sabo a. G., Else Berna,
Martin Kettner, Fritz Arco,
Fritz Seidl, Kurt Niewand,
Grigolatis - Luft - Ballett
= Sonntag 3 1/2 Uhr =
zu ermäßigten Preisen
„Frau Luna“ in Originalbesetz.

Trabrennen Mariendorf
Sonntag, 6. Novbr., vorm. 11 1/2 Uhr
8 Rennen
U. a.: **Gr. Novemberpreis M. 75 000**

Hagenbeck
Kielerpark
Sonnabend und Sonntag 3 und 4 1/2 Uhr
Nachmittags für Kinder halbe Preise
Vorverkauf Tietz und Hagenbeckkassen

Reichshallen-Th
Stettiner
Sänger
Abds. 7 1/2 u.
Stg. nachm. 8 U.
Elise - Sänger
Sonnabend 3 1/2 U.
Rüber - Sänger
Bewilligung:
Klein - Däumling
u. der Menschen-
fresser. Ri. Pfeife

Circus Busch
Tgl. 7 1/2 Stg. auch 4 U.
Noch kurz Zeit
Eisenkönig
Breitbart
Neue November-
Sensationen

SCALFA
Sonnt. 3 1/2
zu halb. Preis.
d. volle Programm
11 Künstlertruppen

WINTERGARTEN
Varieté - Spielplan
Rauchen gestattet!

Theater am
Kurfürstendamm
Abend: 8 Uhr
Ingeborg
Eckersberg, Sand-
rock, Goetz, Günther,
Walter

Tribüne. 7 1/2 Uhr:
Die fremde Frau
(La femme X...)
mit Rosa Valetti

Größenwahn
Leitung Rosa Valetti
Abend: 8 1/2 Uhr

Losung 7.-10. November
Geld-Lotterie
zur Wiederherstellung der
Marienburg
300 000 Lose, 13 107 Gew.
500 000
Hauptgewinne Mark
100 000
75 000
50 000
25 000
Lose zu 6 Mark
Porto u. Liste 1.40 M. extra
Lud. Müller & Co.
Berlin C 19
Jurasalomonstraße 18
Lose überall erhältlich

Unreines Blut
Zur Ausscheid. krankhaft.
Stoffe aus Blut u. Säft. bei
offen. Pforten u. geg. Haut-
unreinigk. ist Blutrei-
nigungspul. Salfarin seit
30 Jahr wirksam erprobt.
M. 5.50, 3 Dosen 16.00 M.
Otto Reichel, Berlin 43, 50,
Eisenbahnstr. 4.

Geöffnet 9-1
Auf Teilzahlung
Anzüge
Cutsways, Unter-
schleifer, Raglans,
Mohair, warme Socken,
bequeme blaß. Platinen.
Leiser Gottlieb
Nollendorferstr. 22 a II
(Nähe Nollendorferplatz)
Sonntag 9-1

Restaurant Kyffhäuser
Berlin-Niederschöneweide Berliner Str. 91
Schönstes und größtes Lokal der Oberspre
Jeden
Sonntag: **Großer Ball.**
Erstkl. Ballmusik. Ausschank: Bötrow-Bier.
Säle an Vereine und Gesellschaften zu vergeben

SEIDEL & NAUMANN
DRESDEN
Vertreter: Emil Halbarth
BERLIN W 8, Friedrichstraße 55 a
TELEPHON: Zentrum 10440

Zahngelbisse bis 2000
per Zahn
20-200
Platin-, Gold-, Silberbruch
kauft wieder zu allerhöchsten Tagespreisen
Laboratorium Seidenbach, Kurfürststr. 97,
gegenüber Haupteingang Zoo. 8-7, Sonntag 9-2.
Achtung, kein Laden!
Haupteingang direkt an der Ecke Kurfürstendamm.

Dr. Hoffbauers ges. gesch.
Entfettungs-Tabletten
Vollkommen unschäd. u. erfolgreiches Mittel bei
Korpulenz - Fettleibigkeit
ohne Einhalten einer Diät. Keine stark wirken-
den Arzneimittel, keine Schilddrüse enthaltend.
Nicht abführend. - Leicht bekömmlich.
Gratis Broschüre versendet auf Wunsch
Elefanten-Apotheke, Berlin, Leipzig Str. 74
(Dönhofsplatz). - Amt Zentrum 7192.

